©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

PAUL REUSCH UND DIE „MÜNCHNER NEUESTEN NACHRICHTEN"

Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik[1]

Die ausgedehnten Beziehungen industrieller Kreise zu Zeitungsverlagen in der Zeit der Weimarer Republik sind bisher vorwiegend im Hinblick auf die Aktivitäten Alfred Hugenbergs dargestellt worden[2], obwohl bekannt war, daß neben den Zeitungen des späteren Vorsitzenden der DNVP (Scherl-Verlag) Blätter wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die „Frankfurter Zeitung" und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" entweder schon seit ihrer Gründung oder im Gefolge der Nachkriegsinflation von anderen Kapitalgebern abhingen.

Nicht zu Unrecht allerdings wurde hinter allen Pressetransaktionen seit 1918 Hugenberg als Verwalter des industriellen Fonds vermutet. Aber es gab eine Reihe von Industriellen, die dem ehemaligen Krupp-Manager nicht trauten und eigene Pfade im Blätterwald wandelten. Zu ihnen gehörte Paul Reusch (1868–1956), seit 1908 Vorstandsvorsitzer der Oberhausener Gutehoffnungshütte (GHH)[3], eines alten Unternehmens der Familie Haniel. Im Zuge der systematischen Ausdehnung der Gutehoffnungshütte nach Süddeutschland (Maschinenfabrik Esslingen, MAN, Eisenwerk Nürnberg, Schwäbische Hüttenwerke) bemühte sich der Württemberger Reusch darum, seinem Konzern auch eine publizistische Basis zu schaffen, die ihm für den süddeutschen Markt zunächst aus wirtschaftlichen Überlegungen notwendig erschienen sein mag[4].

Seit die Haniels im Frühjahr 1920 – für die Öffentlichkeit nicht erkennbar – über die MAN in den Münchner Verlag Knorr & Hirth eingestiegen waren[5], in

[1] Der Verfasser dankt dem Leiter des Historischen Archivs der Gutehoffnungshütte (künftig abgekürzt: GHH), Oberhausen, Herrn Bodo Herzog, dafür, daß er die Dokumente großzügig zur Verfügung stellte.

[2] Vgl. Otto Groth, Die Zeitung, 2. Bd., Mannheim 1929, S. 578ff. — Valeska Dietrich, Alfred Hugenberg, Ein Manager der Publizistik, Phil. Diss. FU Berlin 1959. — Ludwig Bernhard, Der „Hugenberg-Konzern", Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928.

[3] Vgl. Erich Maschke, Es entsteht ein Konzern, Paul Reusch und die GHH, Tübingen 1969, S. 32ff.

[4] Die MAN war schon damals eine der größten europäischen Druckmaschinenfabriken. Ausführlich wird der Verfasser über die industrielle Pressepolitik in seinem 1972 erscheinenden Buch „Deutsche Presse 1914–1945" berichten.

[5] Vgl. die Spekulationen über den Vorgang in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 386 v. 28. 5. 1920, S. 2; Nr. 388 v. 29. 5. 1920, S. 1; Nr. 403 v. 4. 6. 1920, S. 1; Nr. 415 v. 8. 6. 1920, S. 2; Nr. 427 v. 12. 6. 1920, S. 2; Nr. 456 v. 23. 6. 1920, S. 2; Nr. 656 v. 2. 9. 1920, S. 2; Nr. 667 v. 9. 9. 1920, S. 1 und Nr. 71 v. 28. 1. 1921, S. 1. Nach der Niederschrift Reuschs vom 30. 3. 1933 (Histor. Archiv der GHH Nr. 4001012007/7) waren bayerische Wirtschafts-

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem als wichtigstes Organ die „Münchner Neuesten Nachrichten" (MNN) mit einer Auflage von ca. 135000[6] erschienen, gelang es relativ rasch, mit dem „Fränkischen Kurier" (Nürnberg) und dem „Schwäbischen Merkur" (Stuttgart) auch andere Gazetten dem beabsichtigten Zugriff Hugenbergs zu entziehen. Anfangs bestimmte diese Maßnahmen gewiß mehr das ökonomische Interesse am Machtzuwachs, denn eine publizistische Konzeption.

Erst im Frühjahr 1931 wurde Paul Reusch in den seit 1920 von Karl Haniel geleiteten Verwaltungsausschuß der Knorr & Hirth GmbH gewählt. Ein Jahrzehnt lang hatte er sich so gut wie gar nicht um die redaktionelle Seite der „Münchner Neuesten Nachrichten" gekümmert. Er ließ sich von seinem Kulturberater Oswald Spengler über die Haltung der Redaktion ständig auf dem laufenden halten[7].

Paul Reusch stand gesellschaftspolitisch eindeutig auf der Seite der nationalen Rechten. Er gehörte dem Alldeutschen Verband an und war Gründungs- und Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung, die 1917/18 die Deutsche Vaterlandspartei unterstützte. 1915–18 förderte er die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung, die mit kulturpolitischen Mitteln der deutschen Wirtschaftsexpansion vorarbeitete, 1919 die Antibolschewistische Liga. 1928 unterzeichnete er den Gründungsaufruf des Bundes zur Erneuerung des Reiches (Lutherbund). Von seinen wirtschaftspolitischen Funktionen war die Mitgliedschaft im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht einmal die wichtigste. Reusch saß im Aufsichtsrat der Deutschen Bank und im Vorstand des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute. Zeitweilig war er Präsident bzw. Vorsitzender der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (1924–30) und des Vereins zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens (Langnam-Verein). 1930–38 gehörte er dem Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) an.

---

kreise im Frühjahr 1920 an Karl Haniel (1877 bis 1944) herangetreten. Es wurde mit einem Betrage von 3 Mio Papiermark ein Anteil am Stammkapital der Knorr & Hirth GmbH von 700000 Papiermark sowie eine Darlehnsforderung gegen Knorr & Hirth erworben. Am 26. 4. 1928 wurde der Kaufvertrag auf die Süddeutsche Verlagsgesellschaft, die sich in den Händen der GHH befand, übertragen, nachdem Haniel am 14. 4. 1928 für eine „Gruppe Haniel" vom Bergbauverein und einer von Hugenberg geführten Gruppe einen Stammanteil in Höhe von 853000 RM erworben hatte. Der Kaufpreis betrug 3374459,02 RM. Am 24. 6. 1930 wurde das Stammkapital von 3,1 auf 6,2 Mio RM erhöht, von dem die GHH 52,52 % hielt. Vgl. dazu die Angaben von Otto Groth, a. a. O., S. 590f.

[6] Auflage des Jahres 1929. Für 1933 wurden nach der amtlich vorgeschriebenen Statistik 102000 Exemplare festgestellt. Damit gehörten die MNN zu den verbreitetsten deutschen Zeitungen überhaupt.

[7] So schrieb Reusch am 11. 1. 1930 an Spengler: „Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mich auch in der Zukunft auf derartige Entgleisungen aufmerksam machen würden, da es mir beim besten Willen nicht möglich ist, die MNN zu lesen." Vgl. Oswald Spengler, Briefe 1913–1936, in Zusammenarbeit mit Manfred Schröter hrsg. v. Anton M. Koktanek, München 1963, S. 604. – Anton Mirko Koktanek, Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968, S. 392f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Gegensatz zu Hugenberg scheute sich Reusch, politisch hervorzutreten. Der Oberhausener Hüttenchef hatte sich nach kurzer Mitgliedschaft bald wieder von der DVP getrennt. Eine bürgerlich-nationale Sammlungspolitik war sein Ideal, der Parlamentarismus ihm verdächtig und unrational. In der Krise seit 1930 begann sich Reusch nun mehr und mehr politisch zu exponieren. Den nötigen Rückhalt fand er in dem 1928 gegründeten Industriellenclub „Ruhrlade"[8]. Die hier freundschaftlich zusammenarbeitenden Wirtschaftsführer wurden durch ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereint, obwohl sie politisch durchaus unterschiedlich, von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei, orientiert waren. Gemeinsam war ihnen die Ablehnung der Sozialdemokratie, und Reusch sprach diese Haltung am 21. September 1931 in einem Brief an den Hauptschriftleiter der „Münchner Neuesten Nachrichten", Dr. Fritz Büchner, folgendermaßen aus[9]: „Wir haben nur dann noch eine geringe Hoffnung, in Deutschland die Verhältnisse in Ordnung zu bringen, wenn sich die Geister zwischen links und rechts scharf trennen und die bürgerlichen Parteien sich so eng als möglich zusammenschließen."

Am 29. September 1931 richteten elf Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, darunter der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, eine Denkschrift an Reichsregierung und Öffentlichkeit[10]. Darin wurde von der Reichsregierung „kraftvolle Entschlossenheit" und „volle Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik" gefordert als Voraussetzung für die Beseitigung der „Kapitalzerstörung und der inneren Aushöhlung

---

[8] Die „Ruhrlade" entstand im Zeichen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927. Vgl. Henry Ashby Turner jr., The Ruhrlade, Secret Cabinet of Heavy Industry in the Weimar Republic, in: Central European History 3 (1970), S. 195–228. – Ferner Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, hrsg. v. Werner Conze u. Hans Raupach, Stuttgart 1967, S. 94 (Beitrag von Wilhelm Treue). Ferner Dieter Fricke u. a. (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, Berlin (Ost) 1970, S. 600.

Die Zahl der Arbeitslosen war von 636000 im Jahre 1925 auf 2,01 Mio im Jahre 1926 gestiegen. An der Ruhr standen die großen Auseinandersetzungen in der Metallindustrie bevor. Vgl. Ernst Fraenkel, Der Ruhreisenstreit 1928–1929 in historisch-politischer Sicht, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für H. Brüning, Berlin 1967, S. 97–117.

[9] Histor. Archiv der GHH 4001012007/5. Dr. Fritz Büchner (1895–1940) war Offizier und an den Kämpfen im Baltikum beteiligt gewesen, 1928–1933 Chefredakteur der MNN.

[10] Vgl. Vossische Zeitung Nr. 233 (Postausgabe) v. 30. 9. 1931, S. 4. Vgl. dazu auch den Brief von Paul Silverberg an Reusch vom 5. 9. 1932 (GHH 40010190/35), wo es heißt: „Die ganzen Dinge stehen und fallen mit der Frage, auf welcher Grundlage die Koalition Zentrum–Nationalsozialisten im Reich zustande kommt . . . Aus allem gewinne ich eine bestimmte Überzeugung: Es ist dringend erforderlich, die Deutschnationale Volkspartei zur Aufnahme aller politisch heimatlosen Angehörigen des Bürgertums aufnahmefähig zu machen . . . Es wäre gut, wenn die Ihnen nahestehende Prese Anweisung bekäme, in dieser Richtung vorzustoßen: Umbau der Deutschnationalen Volkspartei nach der personellen Seite der Führung, Überprüfung des Programms, um es für den Wahlkampf geeignet zu machen. Wir gehen einem sorgenvollen Winter entgegen, besonders wir in der Schwerindustrie und

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der wirtschaftlichen Substanz". Ein großer Teil der Maßnahmen, die zu Fehldispositionen und zu Verlusten in der Wirtschaft geführt hätten, seien „erst verursacht worden durch das selbstverständliche Bestreben, dem ungeheuren Druck der in den letzten Jahren in Erscheinung getretenen staatlichen Belastungen und Zwangseingriffe auszuweichen". Die deutsche Politik müsse erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden keinen Kompromiß gebe. Im einzelnen wurde verlangt:

1. ein weiterer umfangreicher Abbau der Aufgaben und Ausgaben der gesamten öffentlichen Hand,
2. eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse,
3. Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen, einschließlich der Arbeitslosenversicherung,
4. Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe,
5. Befreiung des deutschen Geldmarkts vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden,
6. endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft.

Diese Forderungen trugen nicht wenig zur Polarisierung bei; denn die Gewerkschaften meldeten sich am 1. Oktober 1931 mit einer Gegenerklärung, in der sie als vordringlich bezeichneten[11]:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen,
2. Verkürzung der Arbeitszeit,
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechtes und des staatlichen Schlichtungswesens,
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes,
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle,
6. öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlhaltungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung,

---

müssen sehr aufpassen, daß wir bei dem minimalen Rückhalt, den wir in der Bevölkerung haben, nicht ganz unter die Räder kommen."

Paul Silverberg (1876–1959), u.a. Generaldirektor d. Rhein. AG f. Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, war Mitglied der „Ruhrlade", der außer Reusch auch Karl Haniel, Albert Vögler, Fritz Thyssen, Ernst Poensgen, Fritz Springorum, Fritz Winkhaus, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Arthur Klotzbach, Erich Fickler und Peter Klöckner angehörten. Vgl. Hermann Kellenbenz, Paul Silverberg, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 9, Münster 1967, S. 115f. und Turner, a. a. O., S. 195ff. Während der großen Aussperrung von 1928 diente die Vereinigung, die satzungsgemäß nur zwölf Mitglieder hatte, als Generalstab der Schwerindustrie.

[11] Vossische Zeitung Nr. 464 (Morgen-Ausgabe) v. 2. 10. 1931, S. 1.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Dies war der äußere Rahmen für die Bemühungen von Paul Reusch, die „Münchner Neuesten Nachrichten" zum schlagkräftigen Instrument der industriellen Interessen zu machen.

Die folgende Dokumentation gliedert sich zunächst in zwei Gruppen, in denen sich einmal das Vorgehen Reuschs gegen den seiner Ansicht nach ungeeigneten Berliner Vertreter der „Münchner Neuesten Nachrichten", Otto von Heydebreck (Dokument 1–3), und zum anderen der Versuch, die Redaktion durch Richtlinien zu reglementieren (Dokument 4–6), niederschlägt. Reuschs Absichten wurden erschwert durch die seiner Meinung nach zu wenig nach dem Führerprinzip organisierte Redaktion[12].

Die von Reusch verfaßten Richtlinien für die Haltung der „Münchner Neuesten Nachrichten" (Dokument 6) geben seine eigene politische Auffassung sehr deutlich wieder; man kann sie wohl als ein geradezu prototypisches politisches Glaubensbekenntnis eines konservativen deutschen Industriellen der Weimarer Ära bezeichnen. Je problematischer die allgemeine Situation wurde, desto eifriger hielt Reusch, wie die meisten seiner Kollegen, Ausschau nach dem starken Mann, der die Dinge wieder „in Ordnung" bringen konnte[13]. Hugenberg kam mit seiner in der Volksgunst ständig schrumpfenden Partei nicht in Betracht. Zudem stand Reusch dem Führer der DNVP seit Jahren sehr reserviert gegenüber. Sein Interesse richtete sich deshalb auf Hitler, obwohl dessen wirtschaftspolitische Pläne undurchsichtig schienen.

Zweimal ist Reusch mit dem Führer der NSDAP selbst zusammengetroffen, am 23. Februar 1932 in Berlin und am 19. März 1932 in München[14]. Man muß diese Gespräche im Zusammenhang mit den Bemühungen sehen, die in dem vom Ruhrlade-Mitglied Fritz Thyssen am 27. Januar 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub arrangierten Vortrag Hitlers kulminierten[15]. Unmittelbares Ergebnis der Kon-

---

[12] Vgl. Dokument 4. Auch Brief Cossmanns an Reusch vom 9. 2. 1932 (GHH 4001012007/6).

[13] Im Januar 1931 trafen sich Hjalmar Schacht und Fritz Thyssen in Berlin mit Hitler, Göring und Goebbels (vgl. Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 350ff.), nachdem Göring im Dezember 1930 durch ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank eingeladen worden war.

[14] Vgl. Histor. Archiv der GHH 400101290/33 (Reusch an Schacht 20.3.1932). Turner, a. a. O., S. 218, erwähnt nur eine Zusammenkunft Reuschs mit Hitler.

[15] Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Club zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München, Eher-Verlag 1932. (MNN, Nr. 25 v. 27. 1. 1932, S. 2. Hitler sprach vor über 600 Teilnehmern.) Vgl. dazu Deutsches Industrieinstitut (Hrsg.), Die Legende von Hitler und der Industrie, Köln 1962, und die Antwort im DGB-Informationsdienst vom 28. 1. 1963 (Hitler und die Industrie). Vgl. dazu auch Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart ²1957, S. 441. Die Bedeutung, die Bracher (nach Otto Dietrich) dem 27. 1. 1932 beimißt, wird durch die Fakten stark relativiert. Man sollte besser von einem „Kulminationspunkt", nicht „Durchbruch" sprechen. Vgl. auch Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 20ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

takte Reuschs zu Hitler war eine vom Verwaltungsausschuß der Knorr & Hirth GmbH gebilligte Vereinbarung, nach der sich die Blätter des Verlages jedes „sachlich ungerechtfertigten und persönlichen Angriffs gegen Hitler und gegen einzelne nationalsozialistische Führer" während der Kampagne zur Reichspräsidentenwahl[16] enthalten sollten. Welche Probleme sich dadurch für die Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten" wegen der unverminderten Polemik des „Völkischen Beobachters" ergaben, zeigen die Dokumente 7, 8, 10 und 11. Die Rücksichtnahme auf das Zentralorgan des Führers der NSDAP entsprach aber höheren Gesichtspunkten, wie sich der Korrespondenz von Hjalmar Schacht und Paul Reusch in der Zeit vom März bis September 1932 entnehmen läßt (Dokumente 9 und 12). Am 20. März 1932 hatte Reusch einen Brief Schachts vom 18. März bestätigt und über seine zweistündige Unterredung mit Hitler in München berichtet.

Damals zeichneten sich die Konturen einer dann gebildeten Arbeitsstelle zur Koordinierung der wirtschaftspolitischen Auffassungen der Industrie mit denen des Nationalsozialismus ab. Diese Aspekte führen über unsere Dokumentation weit hinaus, sind aber zum besseren Verständnis der vorgelegten Dokumente berücksichtigt worden.

Reusch nutzte, um seinen Forderungen gegenüber der Redaktion Nachdruck zu verleihen, systematisch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der „Münchner Neuesten Nachrichten" aus, die er schon seit dem Spätsommer 1930 überprüfen ließ. Die ausgewiesenen Gewinne des Blattes zeigten rasch sinkende Tendenz[17]:

1924	3126423	Mark
1925	1349594	„
1926	1482156	„
1927	1046004	„
1928	701093	„
1929	204783	„
bis 1. 7. 1930	68771	„

Zu diesem Zeitpunkt hatte der neue Verlagsdirektor Dr. Anton Betz[18] seine Tätigkeit aufgenommen. Seit 1928 wurden die MNN von dem jungen, der BVP nahestehenden Chefredakteur Dr. Fritz Büchner geleitet. Politischer Redakteur

---

[16] 1. Wahlgang am 13. 3., 2. Wahlgang am 10. 4. 1932. Wie Dokument 8 dieser Dokumentation zeigt, hielt sich die NS-Presse – entgegen der Darstellung Turners, a. a. O. – nicht einmal bis zum Ende der Wahl an diesen „Burgfrieden".

[17] Histor. Archiv der GHH 4001012007/5 (Schreiben des GHH-Beauftragten Schmerse v. 9. 9. 1930 an die Direktion der Knorr & Hirth GmbH.) Zum 1. 1. 1932 wurde der monatl. Bezugspreis von 3,55 auf 3,20 RM gesenkt. Vgl. MNN Nr. 346 v. 20. 12. 1931, S. 9; ferner A. Betz, Gefahren der Wirtschaftskrise für die Großpresse, in: Zeitungswissenschaft, Berlin, 6 (1931), Nr. 6, S. 349ff. 1932 betrug der Reingewinn von Januar–Oktober 47215 Mark (GHH 4001012007/7). Reusch bemängelte u. a.: „Das Durchschnittseinkommen Ihrer Schriftleiter ist 30 % höher, als an anderen Stellen bezahlt wird." Die MNN hatten 54 Redakteure.

[18] Dr. Anton Betz (geb. 1893) war Mitglied der BVP, seit 1946 Verleger der „Rheinischen Post" in Düsseldorf; 1963–67 Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war neben ihm Erwein von Aretin[19]. Als Vertrauensmann der Kapitalgeber fungierte Paul Nikolaus Cossmann[20]. Zwischen diesen Männern und Paul Reusch ging in den entscheidenden Monaten des Jahres 1932 ein lebhafter Briefwechsel hin und her.

Die Journalisten und der Verlagsdirektor verstanden es geschickt, sich den Forderungen des Industriellen zu widersetzen. Zwar mußten sie unter den Pressionen manchen Kompromiß schließen, aber sie waren nicht bereit, mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus hinter dem Berg zu halten. Da der „Völkische Beobachter" schärfstens gegen die „Münchner Neuesten Nachrichten" polemisierte, wäre ein solches Stillhalten vor der Öffentlichkeit kaum zu vertreten gewesen.

Wochenlang versuchte Reusch, die widerspenstige Redaktion auf seine wirtschaftspolitisch motivierte Linie zu bringen, bei der es darum ging, Hitler in die Konzeption des Kreises um die Ruhrlade zu integrieren. Hjalmar Schacht war ausersehen, auf die Änderung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms einzuwirken. Auf ihn glaubte man sich verlassen zu können, da man mit ihm seit Jahren zum Segen von Industrie und Landwirtschaft kooperiert hatte[21]. Hitler sollte neutralisiert und mit seiner starken Anhängerschaft in die Front der bürgerlichen Parteien eingereiht werden, um so die Interessen der Industrie zu sichern. Eine einfache Rechnung, die nicht aufging.

Auch die „Münchner Neuesten Nachrichten" spielten nicht mit. Reusch schlug einen ungewohnt autoritären Ton an, stellte ethische Postulate auf, weil er Hitler „sein Wort halten" müsse und resignierte schließlich vor der Renitenz der Münchner. In einer Niederschrift vom 30. März 1933 stellte er lakonisch fest: „Im Frühjahr 1932 bin ich wegen Meinungsverschiedenheiten über die politische Haltung der Zeitung aus dem Verwaltungsausschuß ausgetreten." Vielleicht war es aber eine Resignation vor der gesamten politischen Entwicklung; denn Reusch mußte rasch erkannt haben, daß Hitler ein Mann war, mit dem man keine verläßlichen Vereinbarungen treffen und den man schon gar nicht in eine solche Konzeption einspannen konnte.

Kurt Koszyk

---

[19] Vgl. Erwein von Aretin, Krone und Ketten, München 1955, S. 60ff. Aretin (1887–1952) unterhielt enge Beziehungen zu österr. Heimwehrführern um den Rechtsanwalt Dr. Walter Pfrimer, der am 12. 9. 1931 einen Putschversuch machte. Über Aretins Rolle im Bayerischen Heimat- und Königsbund und als Berater des Kronprinzen Rupprecht vgl. Hans Fenske, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg v.d.H. 1969, S. 252f.

[20] Cossmann (1869–1942), ein zum Katholizismus konvertierter Jude, errang als Herausgeber der nationalistischen „Süddeutschen Monatshefte" (1903–1933) und als Verbreiter der Dolchstoßlegende eine traurige Berühmtheit, er starb im KZ Theresienstadt. Vgl. Anton Betz, Paul N. Cossmann und die Münchner Publizistik, in: Publizistik, 10 (1965), H. 3, S. 376–381. – Wolfram Selig, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918, Osnabrück 1967. – Hans Fenske, a.a.O., S. 292ff.

[21] Maschke, a.a.O., S. 49; vgl. auch Die Staats- und Wirtschaftskrise . . ., a.a.O., S. 123f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Dr. Paul Reusch an Dr. Anton Betz

Oberhausen, den 4. Oktober 1931

Lieber Herr Betz!

Ich hatte vorgestern vergeblich versucht, Herrn Büchner zu erreichen, der jedoch von München abwesend war. Ich muß mich infolgedessen mit nachstehender Beschwerde an Sie persönlich wenden:

Als ich Freitag früh Ihre Frage, ob unsererseits die Absicht bestände, unsere Anteile an der Knorr & Hirth G.m.b.H. zu verkaufen, verneinte, hatte ich nicht geglaubt, diese präzise Antwort am Nachmittag schon bedauern zu müssen, nachdem ich sowohl die M.N.N. als die M.T.Z.[22] gelesen hatte. Ihr Berliner Berichterstatter, den ich nicht kenne und dessen Name [sic!] ich auch nicht weiß, leistet sich Meldungen aus Berlin, Meldungen die, sofern er Anhänger der kapitalistischen Weltanschauung ist, mir beweisen, daß er auf dem Monde lebt und daß er keine Ahnung hat, wie es in der Wirtschaft aussieht und welche Maßnahmen zur Erhaltung der Industrie notwendig sind[23].

In den M.N.N. vom 2. Oktober ist unter der Überschrift „Zurückstellung wirtschaftlicher Maßnahmen" u.a. zu lesen[24]:

„Ähnlich wie für diese Industrie liegen die Umstände für andere deutsche Wirtschaftszweige, so daß die beabsichtigten Lohn-, Kartell- und Tarifmaßnahmen nach Auffassung der Regierung, der man nicht ohne weiteres widersprechen kann, mehr Verwirrung als Nutzen bringen könnten. Daß hieraus für die Sozialdemokratie sich eine augenblickliche Erleichterung parlamentarischer Art ergeben kann, ist eine zufällige Begleiterscheinung, die die Opposition aber totsicher in ihrer Propaganda als ein Nachgeben des Reichskanzlers ausnutzen wird, so sehr es auch den wirklichen Tatsachen zuwiderläuft."[25]

In der M.T.Z. kritisiert er die Herabsetzung der Unterstützungsdauer für Arbeitslose unter der Überschrift „Scharfe Kritik von allen Seiten" mit den Worten:

„Die Verfügung, die eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer von 25 auf 20

[22] Münchner Telegramm-Zeitung, seit 1922 bei Knorr & Hirth erscheinendes Boulevardblatt.

[23] Gemeint ist Otto von Heydebreck, dessen Bruder Peter SA-Führer in Pommern war und am 30. Juni 1934 erschossen wurde. Otto v. H. gehörte „zum intimen Freundeskreis Brünings"; vgl. E. v. Aretin, Krone und Ketten, München 1955, S. 42, 93 u. 136; auch Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 518 u. 575. Heydebreck wurde am 22. Mai 1933 von den Nationalsozialisten aus seinem Amt entfernt. Vgl. Histor. Archiv der GHH 4001012024/11 (Dr. Martin Blank an Reusch, 22. 5. 1933). Vgl. auch Werner Conze, Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise, in: Histor. Zeitschrift 199 (1964), S. 529–50.

[24] Brüning hatte seit Juli 1931 (Zusammenbruch der Danat-Bank) versucht, durch Kürzung der Staatsausgaben und Erhöhung der Steuern den Staatshaushalt auszugleichen. Seine deflationistische Politik wurde, vor allem wegen der damit verbundenen Kürzung der Löhne und Gehälter, von KPD, SPD, DNVP und NSDAP abgelehnt. Nach dem Scheitern dieser Maßnahmen im Parlament begann die Notverordnungspraxis.

[25] In der SPD gab es starke Auseinandersetzungen um die Tolerierungspolitik. Einige Anhänger des linken Flügels wurden ausgeschlossen und gründeten am 2. 10. 1931 die SAP. Vgl. zur Taktik des SPD-Vorstandes Julius Elbau, Tolerierung, in: Vossische Zeitung, Nr. 464 v. 2. 10. 1931, S. 1f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wochen vorsieht, bedeutet für die Betroffenen zweifellos eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Lage, da sie damit 6 Wochen früher den geringeren Unterstützungssatz der Krisenfürsorge, deren Festsetzung außerdem einer Bedürftigkeitsprüfung untersteht, unterliegen."

Bei der Krisenfürsorge erhält der Arbeitslose bekanntlich im Monat M 5,— weniger als bei der Arbeitslosenunterstützung. Daß aber das Wesen der ganzen Maßnahme darin liegt, daß eben die Bedürftigkeitsprüfung schon nach 20 Wochen einsetzt und daß wir in Deutschland die Arbeitslosenunterstützung überhaupt nur dann aufrecht erhalten können, wenn die Bedürftigkeitsprüfung auf der ganzen Linie durchgeführt ist, scheint Ihr Berliner Berichterstatter nicht erfaßt zu haben.

Er kritisiert dann weiter die Maßnahme und kündigt schärfste Kritik und schärfsten Widerstand an. Ihr Berichterstatter läuft der Regierung nach, wenn sie Dummheiten macht, und übernimmt in diesen Fällen ohne weiteres die ihm von der sozialistisch eingestellten Reichspressestelle[26] zugehenden Mitteilungen. Wenn aber die Regierung einmal einen vernünftigen Schritt tut, dann setzt seine Kritik ein.

Nach meiner Ansicht ist dieser Mann weiter als Berichterstatter einer Zeitung, die schließlich doch die kapitalistische Wirtschaft verteidigen soll, unmöglich. Wenn Sie ihn in die Wüste schicken, wird er zweifellos bei Mosse, Ullstein oder beim Vorwärts[27] ohne weiteres unterkommen, da die von ihm ausgesprochenen Auffassungen im allgemeinen dort vertreten sind. Ich möchte die dringende Bitte an Sie richten, die Nachrichten dieses Mannes, solange er noch für Sie tätig sein sollte, nicht kritiklos von Ihren Redaktören [sic!] hinnehmen zu lassen. Ich kann mich nicht mit einer Zeitung identifizieren, und bei ihr mitarbeiten, die diesen Standpunkt vertritt, der zur Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaft führt. Ob der Schreiber aus Dummheit, Unwissenheit oder Absicht handelt, ist für mich gleichgültig, es gibt für mich nur zwei Wege:

Der eine ist der, daß die Zeitung eine vernünftige, gesunde Wirtschaftspolitik macht und sich frei hält von sozialistischen Auffassungen.

Der andere ist der, daß ich mich zurückziehe und anstrebe, unsere Beteiligung so rasch als möglich an den Mann zu bringen.

Ich bitte Sie herzlichst, mir nicht zu verübeln, daß ich rückhaltlos und offen Ihnen gegenüber meine Meinung äußere. Niemand wird mehr als ich Ihre großen Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung und die Gesundung des Ihnen anvertrauten Unternehmens anerkennen. Ich bin überzeugt, daß Sie auch durch entsprechendes energisches Eingreifen die Zeitung in politischer Hinsicht den richtigen Weg führen können. Sie wissen, daß Sie dabei meine volle Unterstützung finden.

Ich habe davon Abstand genommen, Durchschlag dieses Briefes an Herrn Professor Cossmann zu schicken, da ich annehme, daß Sie ihm und Herrn Büchner von dem Inhalt dieses Schreibens Kenntnis geben werden. Ich bin kein Freund davon, aus Dingen, die in der Stille erledigt werden können, eine große Aktion zu machen. Wenn wir in dieser Sache uns verständigen sollten, dann bleibt selbstverständlich der Inhalt dieses Schreibens unter uns.

Mit bestem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/6)

[26] Vom 4. 11. 1926 bis 1. 6. 1932 war Walter Zechlin (1879–1962) Mitglied der SPD, Reichspressechef; vgl. Peter Bauer, Die Organisation der amtl. Pressepolitik in der Weimarer Zeit, Phil. Diss. FU Berlin 1962, S. 73ff.; ferner W. Zechlin, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf, Hannover 1956, S. 126.

[27] Mosse (Berliner Tageblatt) und Ullstein (Vossische Zeitung) waren damals liberale Verlage in Berlin. Der „Vorwärts" war das Zentralorgan der SPD.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Dr. Anton Betz an Dr. Paul Reusch

München, 7. Oktober 1931
Sendlingerstraße 80

Sehr geehrter Herr Kommerzienrat!

Ich muß Ihnen beipflichten, daß in den letzten Tagen die Meldungen, die unsere Berliner Redaktion über die Pläne und Absichten der Reichsregierung uns durchgab, nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind[28]. Ich kann Ihnen jedoch, sehr geehrter Herr Kommerzienrat, bevor ich auf Einzelheiten eingehe, versichern, daß unsere Berliner Redaktion und ebenso die Münchner Redaktion der M.N.N. in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen die klare und sichere Grundlage hat, die Sie in Ihrem Brief vom 4. Oktober bei den M.N.N. voraussetzen.

Grundsätzlich ist die Berliner Redaktion der M.N.N. mit der hiesigen Redaktion der Überzeugung, daß zur Vermeidung des Abgleitens unserer Politik und Wirtschaft ins Chaos und zur Abwehr der Extreme von rechts und links die Regierung Brüning gestützt, bestimmt aber ihre Vorzüge herausgestellt werden sollen. Der Leiter unserer Berliner Redaktion, Herr v. Heydebreck, ist außerdem ein durchaus vaterländisch eingestellter Mann, der mit seiner offenen Kritik ohne Zweifel nicht zurückhalten würde, wenn er die Nachteile der Regierung Brüning für größer ansähe als ihre Vorteile. Auch in dieser Beziehung können wir den leitenden Herrn unserer Münchner und Berliner Redaktion volles Vertrauen schenken. Die Unsicherheit, die zur Zeit sich in den politischen Meldungen und Artikeln unserer Berliner Redaktion bemerkbar macht, ist meiner Überzeugung nach in der Unsicherheit der gesamten Lage begründet – wenn auch nicht entschuldigt. Gerade in der von Ihnen genannten Meldung der M.N.N. vom 2. Oktober stehen Sätze, die für und gegen die Zurückstellung der Maßnahmen der Regierung gehalten sind. Die Berliner Redaktion der M.N.N. schreibt:

„Als Begründung für die Zurückstellung des Wirtschafts-Winterprogramms verweist man uns an zuständiger Stelle auf die englische Krise und ihr noch gar nicht abzuschätzendes Rückwirkungsausmaß auf unsere Wirtschaft. Ob man dieser Auffassung wird beipflichten können, wird erst zu entscheiden sein wenn man sieht, in welcher Ausdehnung dieses Zuwarten erfolgen soll." Hier behält sich also unsere Berliner Redaktion gegenüber der Verschiebung der geplanten Wirtschaftsmaßnahmen und damit auch gegenüber der Regierung ihr Urteil ausdrücklich vor. Sie macht ihre Meinung davon abhängig, in welcher Ausdehnung das Zuwarten erfolgen soll. Die folgenden Sätze sprechen dann allerdings wieder mehr für die von der Regierung durchgesetzte Verschiebung der Maßnahmen.

Die von Ihnen angezogene Meldung unserer Berliner Redaktion in der Telegramm-

[28] Die Unsicherheit ergab sich aus dem Zwang der Reichsregierung, ständig auf die Forderungen der Interessengruppen und Parteien Rücksicht nehmen zu müssen, da eine Mehrheit im Parlament fehlte. Nachdem ihm eine Niederschrift Erwein von Aretins über die politische Lage in Bayern zugeleitet worden war, hatte Reusch am 21. 9. 1931 an Büchner geschrieben (GHH 4001012007/5): „Ich möchte nur wünschen, daß die M.N.N. auch mit aller Schärfe den gezeigten Weg einschlägt und sich sehr energisch gegen eine Koalition der Bayerischen Volkspartei mit der Sozialdemokratie zur Wehr setzt. Das Paktieren mit der S.P.D. hat im Reich zu unhaltbaren Zuständen geführt." Vgl. dazu den antisozial. Tenor der Wirtschaftsdenkschrift vom 29. 9. 1931.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitung vom 2. Oktober fasse ich in ihrer Grundtendenz anders auf. Die Meldung richtet sich meines Erachtens nicht gegen die Herabsetzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenfürsorge, sondern gegen die Unzulänglichkeit der Neuregelung. Die Telegramm-Zeitung schreibt wörtlich: „Wenn mit dieser Verfügung die ganze Reformarbeit in der Arbeitslosenversicherung erschöpft und der angekündigte organisatorische Umbau wieder einmal aufgeschoben sein sollte, dann darf die Regierung nicht erstaunt sein, wenn sie gerade in diesem Brennpunkt der Finanzgebarung auf schärfste Kritik und schärfsten Widerstand stößt." Diese Zeilen richten sich meines Erachtens durchaus gegen die halbe Arbeit der Regierung.

Ich glaube jedoch nicht, sehr geehrter Herr Kommerzienrat, daß es darauf ankommt, die in Ihrem Brief vom 4. Oktober erhobenen kritischen Bemerkungen zu unterstreichen oder zu entkräften. Ich sehe den Zweck Ihres Briefes vielmehr darin, dafür zu sorgen, daß für die Zukunft die klare Richtung unserer Zeitung in politischen und wirtschaftlichen Fragen erneut klargelegt wird. Ich habe mit den Herren der Münchner Redaktion in diesem Sinne bereits persönlich gesprochen; der Berliner Redaktion habe ich heute den beiliegenden Brief geschrieben[29]. Da ich in den nächsten Tagen wieder in Berlin bin, kann ich meinen Brief noch mit dem nötigen Nachdruck persönlich interpretieren.

Zum Schluß darf ich, sehr geehrter Herr Kommerzienrat, darauf hinweisen, daß die Unterstützung, die unsere Berliner Redaktion der Regierung Brüning gab, den großen journalistischen Erfolg hatte, daß wir auf schnellstem Wege gute und zuverlässige Meldungen und Informationen bekamen. Es ist Tatsache, daß unsere Berliner Redaktion über verschiedene grundlegende Dinge als erste deutsche Zeitung berichten konnte. Da die Nachrichtenwege bei uns in Deutschland nicht mit Geld zu erkaufen sind, hat die Berliner Redaktion die Anbiederung mit der Pressestelle als das beste Mittel betrachtet, unmittelbar an die Nachrichtenquelle heranzukommen. Darüber ging der kritische Abstand zu dieser Stelle vielleicht mehr als tragbar verloren.

Sie dürfen, sehr geehrter Herr Kommerzienrat, überzeugt sein, daß in unseren Redaktionssitzungen wiederholt die zögernde Wirtschaftspolitik der Reichsregierung kritisiert wurde. Wir haben auch stets zur Vorsicht gemahnt und auf die Bedeutung der eigenen unabhängigen Meinung hingewiesen. Ohne Zweifel werden auch Ihre Zeilen dazu beitragen, daß unsere Zeitungen in Zukunft den richtigen Weg finden werden. Ich darf Ihnen, wenn Sie noch einmal in München sind, an Hand mehrerer Artikel beweisen, daß wir von Zeit zu Zeit immer unsere warnende und kritische Stimme gegen Maßnahmen der Regierung Brüning erhoben haben.

In aller Hochachtung und Verehrung
gez. Dr. Betz

(Original im Histor. Archiv d. GHH 4001012007/6)

[29] Der von Betz an Heydebreck gerichtete Brief (GHH 4001012007/6) wiederholt die Einwände von Reusch in abgeschwächter Form, ohne die Hindergründe offenzulegen. („Dieser Eindruck ist mir gerade in letzter Zeit *auch von Außenstehenden* bestätigt worden.")

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Dr. Paul Reusch an Dr. Anton Betz

z. Zt. Basel, den 11. Oktober 1931

Lieber Herr Betz!

Antwort auf Ihr Schreiben vom 7. 10. 31

Ich nehme gern zur Kenntnis, daß sowohl die Münchener Redaktion der MNN als auch die Berliner Redaktion in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen die Grundlagen hat, die ich in meinem Schreiben vom 4. Oktober niedergelegt habe. Wenn diese Grundlage vorhanden ist, dann darf ich wohl wiederholt der Bitte Ausdruck geben, daß Mitteilungen der Berliner Redaktion, die in der letzten Zeit zweifellos diese Richtlinien nicht eingehalten haben, in München *vor*[29a] Drucklegung genau durchgesehen und nur dann veröffentlicht werden, wenn sie auf dem Boden dieser Grundlagen stehen.

Ob der Standpunkt Ihrer Berliner Redaktion, die Regierung Brüning unter allen Umständen noch zu stützen, richtig ist, möchte ich für meine Person stark bezweifeln. Ich habe an den Mann bis vor kurzem auch geglaubt. Nachdem er aber den großen Kredit, den er im deutschen Volke besaß, nicht zur richtigen Zeit ausgenützt hat und durch seine Zauderpolitik die Wirtschaft immer mehr und mehr dem Abgrund zuführte, bedauere ich für meine Person, nichts mehr für ihn übrig zu haben, trotzdem er zweifellos ein Mann von ehrlichem Wollen und hoher Intelligenz ist. Da er jedoch nicht den Mut hat, seine Erkenntnis in die Tat umzusetzen und sich von der Sozialdemokratie zu trennen, wäre es besser, wenn er die Zügel der Regierung bald einem anderen übertragen würde, der diese Bindungen gegenüber der Sozialdemokratie wie Brüning nicht hat.

Die große Gefahr, in der die Wirtschaft augenblicklich schwebt, ist leider von der Allgemeinheit zu wenig erkannt. Zu dieser Allgemeinheit zähle ich auch Ihr Berliner Bureau, dem Sie vielleicht etwas dringender den Ernst der Situation klar zu machen die Liebenswürdigkeit haben.

Anstatt die englische Krise und den Sturz des englischen Pfundes zu benützen, um sofort die dringend notwendigen Maßnahmen zu treffen, wird die Hinausschiebung dieser Maßnahmen durch die Regierung mit dem Sturz des englischen Pfundes begründet[30]. Und dieser wirtschaftsfremden Auffassung schließt sich Ihre Berliner Redaktion an, statt sie auf das Allerschärfste zu bekämpfen.

Wenn Sie sagen, daß die Unterstützung, die Ihre Berliner Redaktion der Regierung Brüning gab, Ihnen auf der anderen Seite wieder frühzeitig zugehende Meldungen und Informationen zuführte, so bin ich überzeugt, daß Sie bei näherer Prüfung sich diesem [sic!] Gedankengang Ihrer Berliner Redaktion nicht zu eigen machen werden. Ich kann doch nicht deshalb eine Regierung unterstützen, weil sie mich mit Nachrichten versorgt, sondern ich kann nur dann eine Regierung unterstützen, wenn sie sachlich und nach meiner Auffassung richtig arbeitet.

Von dem Inhalt Ihres Schreibens an die Berliner Redaktion der MNN habe ich

---

[29a] In den Originalen Unterstrichenes wird hier kursiv gesetzt.

[30] Die britische Regierung mußte sich wegen einer ca. 15 %igen Werteinbuße des Pfundes entschließen, die Goldwährung außer Kraft zu setzen. Die Börsen wurden am 21. 9. 1931 geschlossen. Vgl. zu Brünings Argumentation seine Rede vor dem Deutschen Sparkassen- und Giro-Verband am 27. 9. 1931 (Vossische Zeitung Nr. 232 v. 29. 9. 1931, S. 4).

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dankend Kenntnis genommen. Ich möchte für meine Person damit zunächst die Auseinandersetzung schließen und Ihnen gegenüber nur nochmals die herzliche Bitte zum Ausdruck bringen, auf die Redaktionen Ihrer Zeitung dahin einzuwirken, daß sie in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Haltung einnehmen, mit der die Wirtschaft im allgemeinen einverstanden sein kann und es mir auf diese Weise ermöglichen, auch weiterhin mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich bitte Sie, dabei zu berücksichtigen, daß bei meiner Stellung im deutschen Wirtschaftsleben ich mich nicht mit einer Zeitung identifizieren kann, die durch ihre Auslassungen die mir anvertrauten Unternehmungen schädigt[31]. Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber. Ich habe keine Lust, zu diesen Kälbern gezählt zu werden.

Mit bestem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/6)

Dokument 4

Dr. Paul Reusch an Prof. Paul Nikolaus Cossmann

z. Zt. Nürnberg, den 5. Februar 1932

Lieber Herr Cossmann!

Betrifft: *Richtlinien für die Blätter des Verlages Knorr & Hirth*

Ich habe inzwischen die mir in München übergebenen Unterlagen durchgesehen. In der Instruktion, die der Verwaltungsausschuß der Knorr & Hirth G.m.b.H. im März 1900 erlassen hat, steht zweifellos sehr viel Interessantes und Wertvolles[32]. Diese Instruktion hat aber den Fehler, viel zu weitschweifig zu sein. Meines Erachtens müssen die Richtlinien in 1–2 Dutzend kurzen knappen Sätzen niedergelegt werden. Ich richte daher wiederholt an Sie die Bitte, solche Richtlinien im Einvernehmen mit Ihren Herren auszuarbeiten, damit sie bei nächster Gelegenheit einmal besprochen werden können[33].

[31] Weitere Monita über v. Heydebreck in Briefen von Reusch an Karl Haniel vom 31. 5. (GHH 4001012000/3) und an Cossmann vom 23. 6. 1932 (GHH 4001012007/4). Über Büchner beschwerte er sich am 6. 6. 1932 bei Haniel (GHH 4001012000/3) und über v. Aretin am 9. 7. 1932 bei Cossmann (GHH 4001012007/4).

[32] Die 44seitige Instruktion für die Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom März 1900 in: Histor. Archiv der GHH, Nr. 4001012007/6. Dort heißt es S. 8f.: „Die ‚Neuesten Nachrichten' müssen eintreten für die Macht, das Ansehen und die Ehre des Reiches, sowie für die berechtigten Interessen des Heimatlandes Bayern, mit Rat und Tat die Wohlfahrt der Stadt München und ihrer Bewohner fördern, die Achtung vor dem Gesetze, der staatlichen und sozialen Ordnung nicht nur selbst wahren, sondern sie auch im Volke festigen; darum müssen sie den prahlerischen Chauvinismus, den Unitarismus, den reichsfeindlichen Partikularismus, die gemeinschädliche Kirchturmspolitik, das Cliquenwesen, das Strebertum, den öffentlichen Schlendrian, die Bestechlichkeit und die Ausschlachtung der res publica zu persönlichem Vorteile auf das Entschiedenste bekämpfen."

[33] Da die Münchner nicht darauf reagierten, legte Reusch unter dem 30. 5. 1932 selbst „Richtlinien für die Haltung der MNN auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet" vor. (GHH 4001012007/6) Zu dem dann in München verfaßten Gegenentwurf nahm Reusch am 21. 5. 1932 Stellung (Dokument 5).

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den von Ihnen niedergelegten Gedanken stehen u. a. die beiden Sätze:

1. „Für die Richtung eines Blattes ist maßgebend die Auswahl der Person*en*."
2. „Ein Programm kann wirkungsvoll nur durch die richtige Auswahl *der Schriftleiter* verfolgt werden."

Sie sprechen hier immer in der Mehrzahl, während ich für meine Person der Ansicht bin, daß nicht die *Mehrzahl* der Schriftleiter für ein Blatt richtunggebend sein kann, sondern nur *ein* Mann, und zwar der Hauptschriftleiter, der für die Richtung des Blattes in jeder Beziehung maßgebend sein muß und dem alle übrigen Schriftleiter in jeder Beziehung unterstellt werden müssen[34]. Nach meiner Ansicht – und ich weiß, Sie nehmen mir das nicht übel, wenn ich es offen ausspreche – ist es gerade der Fehler bei der MNN, daß *mehrere* Herren in der Schriftleitung sitzen, die in politischen Dingen *verschiedener* Auffassung sind und infolgedessen das Blatt bei vielen Lesern den Eindruck macht, daß es nicht *einheitlich* geführt ist. – Ich empfinde es immer schmerzlich, daß es nicht gerade die schlechtesten Münchener sind, die immer und immer wieder auf diese Dissonanz hinweisen und eine nicht immer gerade freundliche Kritik üben[35]. Es ist für mich, der ich leider nicht die Zeit habe, das Blatt tagtäglich vollständig zu lesen, sehr schwer, diese Vorwürfe auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit hin zu prüfen.

Aus allen diesen Gründen dränge ich darauf, daß die Richtlinien so bald als möglich aufgestellt werden. Ich wäre Ihnen herzlich dankbar, wenn Sie die Angelegenheit nunmehr energisch in die Hand nehmen würden, da ich der festen Überzeugung bin, daß manches nach Inkrafttreten der Richtlinien vermieden werden wird, was da und dort zu Beanstandungen Anlaß geben kann.

Von dem Inhalt dieses Schreibens erhält außer Ihnen niemand Kenntnis.

Mit herzlichem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Histor. Archiv d. GHH 4001012007/4)

---

[34] Cossmann bemerkte dazu am 9. 2. 1932 (GHH 4001012007/6): „Formell bin auch ich der Ansicht, daß die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung einzig beim Hauptschriftleiter liegt; materiell muß sich die Gesellschaft, an die sich meine Denkschrift wendet, von der Sie einen Teil in Händen haben, darüber klar sein, daß auf der inneren Übereinstimmung die durch keine Befehlsgewalt zu ersetzende Stoßkraft einer Schriftleitung beruht." Reusch kannte zweifellos auch die Polemik des „Völkischen Beobachters" gegen die Widersprüche in den MNN. Vgl. z. B. Schonungsbedürftige Nerven, in: Münchener Beobachter, Tägl. Beiblatt zum VB, Ausg. 346 v. 12. 12. 1931. Auch Dr. Frick verklagt Münchener Brüning-Organ, in: VB (Reichsausg.) 40. Ausg. v. 9. 2. 1932, S. 1, und Gregor Straßer: Eine sehr notwendige Feststellung, in: VB (Reichsausg.) 43. Ausg. v. 12. 2. 1932, S. 1 f.

[35] Vgl. dazu die Briefe Oswald Spenglers an Paul Reusch vom 9. 1., 18. 2., 16. 4. 1930, 30. 6., 19. 10., 25. 10. 1931 sowie 9. 5. 1932 und 8. 2. 1933. Vgl. oben, Anmerkung 7, Reusch an Spengler. Ähnlich am 20. 10. 1931. Vgl. Oswald Spengler, Briefe, a. a. O. Cossmann bat Büchner, „selbst Richtlinien in einer knappen Form zu entwerfen, da ich es für das Zweckmäßigste halte, wenn wir vom Hauptschriftleiter selbst ein Programm vorgelegt bekommen, mit dem wir uns einverstanden erklären können" (Cossmann an Reusch, 9. 2. 1932, GHH 4001012007/6). Reusch begrüßte mit Schreiben vom 11. 2. 1932 diese Verfahrensweise.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 5

Dr. Paul Reusch an Dr. Karl Haniel

Oberhausen, den 21. Mai 1932

Lieber Herr Haniel!

Betrifft: Richtlinien für die Haltung der Münchener Neuesten Nachrichten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet

Zu dem mir übergebenen Gegenentwurf[36] habe ich folgende Bemerkungen zu machen:

1. Es ist mir nicht recht verständlich, warum die einleitenden Bemerkungen meines Entwurfes über das Primat der Politik weggelassen worden sind. Ich lege für meine Person Wert darauf, daß diese Bemerkungen stehen bleiben.
2. Der Gegenentwurf ist sowohl in dem Abschnitt Ia, als auch in dem Abschnitt Ib nicht klar und übersichtlich genug, infolgedessen ich bitten möchte, an der von mir vorgeschlagenen scharfen Gliederung festzuhalten, da es nur auf diese Weise möglich ist, den Anweisungen eine präzise Form zu geben.
3. Der in meinem Entwurf vorgesehene Passus unter *I A 8* über die Notwendigkeit rechtzeitiger und vollständiger Unterrichtung der Öffentlichkeit über akutwerdende außenpolitische Verfahren ist in die Richtlinien der Redaktion nicht mehr aufgenommen. Einen Grund für die Weglassung dieses Absatzes vermag ich nicht zu erkennen.
4. Der vorletzte Absatz auf Seite 2 des Gegenentwurfs, der sich mit dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, England, Italien und Amerika befaßt, gibt der Redaktion zu wenig Bewegungsfreiheit, die ich nicht beeinträchtigt sehen möchte, da auf der anderen Seite wieder verlangt werden muß, daß die Richtlinien strikte eingehalten werden. Die außenpolitische Lage kann sich von Tag zu Tag ändern. – Wenn die Redaktion gewußt hätte, daß England im Begriff ist, sich an dem europäischen Kontinent vollständig zu desinteressieren, dann hätte sie wohl die vorgeschlagene Fassung nicht gewählt. Die bündnispolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten sind gerade im gegenwärtigen Augenblick schwer zu übersehen, infolgedessen ich empfehle, davon abzusehen, grundsätzliche Richtlinien in dieser Beziehung aufzustellen.
5. Den im letzten Absatz auf Seite 2 des Gegenentwurfs ausgesprochenen Gedanken „mehr fordern als praktisch erreichbar ist" möchte ich nicht in den Richtlinien festgelegt sehen.
6. Die Forderung meiner Richtlinien unter *I B 6*, daß der Sturz der Reichsregierung durch den Reichstag ganz wesentlich erschwert werden soll, findet sich in dem Gegenentwurf nicht. Ich möchte bitten, an dieser meiner Forderung festzuhalten.
7. Die Fassung des drittletzten Absatzes auf Seite 3 des Gegenentwurfes halte ich nicht für sehr glücklich. Einmal ist die Haltung der Nationalsozialisten in der Südtirolfrage in parteipolitischer Ausschlachtung vielfach verzerrt wiedergegeben worden, zum anderen könnte aus dieser Fassung herausgelesen werden, daß gewisse, notwendige internationale Abmachungen überhaupt abgelehnt werden sollen, was auch nicht im Interesse Deutschlands liegt.

[36] Nicht in den Akten.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

8. An der in meinen Richtlinien unter *I B 3* festgelegten Stellungnahme zur Monarchie möchte ich festhalten. Es fehlt in dem Gegenentwurf die von mir geforderte weitergehende Bindung.
9. In dem Gegenentwurf fehlt auch die Forderung auf Entpolitisierung des kommunalen Lebens, die in meinen Richtlinien unter *I B 7* festgelegt ist.
10. In meinem Leitsatz unter *III 1* heißt es: „die Bevorzugung irgendeiner Religion ist abzulehnen". Ich möchte für meine Person an dieser Fassung festhalten. Es erscheint mir nicht notwendig, auszusprechen, daß das Christentum die Grundlage unseres gesamten geistigen Lebens ist.
11. Ich habe in Leitsatz *III 2* ausdrücklich gefordert, daß die kulturbolschewistischen Erzeugnisse auf allen Gebieten schärfstens bekämpft werden. Es ist mir unverständlich, warum diese Forderung in dem Gegenentwurf nicht mit übernommen worden ist.
12. Auch die Forderung nach schlichter Lebensführung der Jugend *(Leitsatz III 3)* und nach Bekämpfung des Klassenkampfgedankens *(Leitsatz III 4)* sollte in den Richtlinien nicht fehlen.

Ich übersende Ihnen nunmehr in der Anlage einen neuen Gegenentwurf für die Richtlinien in 2 Ausfertigungen mit der Bitte, die Redaktion zur Stellungnahme aufzufordern. – Um die Arbeiten nicht unnötig zu erschweren und um die Richtlinien übersichtlich zu erhalten, bitte ich aber, an dem Aufbau meines Entwurfs nichts zu ändern, sondern lediglich die Kritik an den einzelnen Punkten des Entwurfes anzusetzen, falls eine solche überhaupt noch beabsichtigt ist.

Mit herzlichem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/6)

Dokument 6

Richtlinien
für die Haltung der Münchener Neuesten Nachrichten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet

(II. Fassung unseres Entwurfs)

I. Politik

Bei der Politik – im weitesten Wortsinne gefaßt – liegt die letzte Entscheidung über das Schicksal eines Volkes. Die Politik hat auch unser wirtschaftliches Elend zum maßgeblichen Teil verschuldet. Mindestens ist sie für die lange Dauer der Krise verantwortlich zu machen.

Dieser *Primat der Politik* gilt unbedingt. Mit seiner Anerkennung ist die Gewichtsverteilung zwischen Politik und Wirtschaft im Rahmen der Zeitung grundsätzlich gegeben.

A. Außenpolitik

1. Die vornehmste Aufgabe des Blattes ist die Frage des nationalen Gedankens. Die Belange des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes stehen über den Parteien[37].

[37] In der ersten Fassung „. . . müssen also unter allen Umständen im Vordergrunde stehen", Punkt 2 und 3 fehlen in der ersten Fassung.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Die Zusammenfassung aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem großdeutschen Reich der Zukunft ist zu erstreben. Die Verbreitung und Festigung dieses großdeutschen Gedankens im deutschen Volk ist eine der wichtigsten nationalen Erziehungsaufgaben der Zeitung. Insbesondere ist das Recht auf den Zusammenschluß mit Österreich klar zu verfechten.
3. Selbstverständlich ist das Eintreten für die Lebensrechte aller deutschen Volksgenossen außerhalb der Reichsgrenzen.
4. Unter dem System von Versailles ist der Wiederaufstieg Deutschlands nicht möglich. Solange es besteht, muß mit aller Macht gegen dieses System gekämpft werden[38].
5. Im Rahmen dieses Kampfes gegen das Versailler System ist die Unmöglichkeit weiterer Tributleistungen immer und immer wieder hervorzuheben[39].
6. Die bisherigen deutschen Tributleistungen müssen den Lesern immer und immer wieder eingehämmert werden. Das Streben einer nationalen Zeitung muß dahingehen, die Versäumnisse der Regierung auf diesem Gebiet nachzuholen[40].
7. Die ungeheure Bedrohung der deutschen Zukunft durch unsere Wehrlosigkeit inmitten eines Ringes hochgerüsteter und ständig weiter aufrüstender Staaten ist dem Leser so klar zu machen, daß er diese Gefahr dauernd bewußt erlebt. Immer und immer wieder ist das deutsche Recht auf Wiederherstellung der Wehrhoheit zu begründen. Auf die Vertragsverpflichtungen der anderen Länder ist ständig hinzuweisen[41].
8. Die Kriegsschuldlüge als Grundlage des Versailler Vertrages[42] ist fortlaufend zu bekämpfen.
9. Über die Notwendigkeit einer Revision der Ostgrenzen (Korridorfrage) ist planmäßige Aufklärung zu leisten[43].
10. Der Notwendigkeit rechtzeitiger und vollständiger Unterrichtung der Öffentlichkeit über akut werdende außenpolitische Gefahren ist hinreichend Rechnung zu tragen. Die zweckbewußte Behandlung dieser Dinge ist eine wichtige Unterstützung für eine außenpolitisch aktive Regierung.

B. Innenpolitik

1. Die MNN sind kein Parteiblatt. Daraus folgt, daß sie sich jeder nationalen Partei gegenüber möglichst objektiv zu verhalten haben. Jeder Verstoß irgend einer Partei gegen die nationalen Notwendigkeiten ist scharf zu kritisieren[44].
2. Der Marxismus ist auf das Schärfste zu bekämpfen. Wenn sich bürgerliche Parteien mit dem Marxismus über die Bildung einer Regierung verständigen, ist es die Pflicht der MNN, sich dieser Regierung gegenüber besonders kritisch zu verhalten.
3. Der monarchische Gedanke ist in der Tradition zu pflegen. Eine aktive Förderung der Monarchie ist zur Zeit abzulehnen und darf ohne ausdrückliche Zustimmung der Mehrheitsbesitzer in der Zeitung nicht betrieben werden.

[38] In der ersten Fassung Punkt 2; statt „System" wird das Wort „Vertrag" verwendet.

[39] In der ersten Fassung Punkt 3; statt „System" heißt es dort „Vertrag".

[40] In der ersten Fassung Punkt 4; zusätzlich heißt es dort: „Allwöchentlich sollte dem Leser in Ziffern vor Augen geführt werden, welche Höhe die Tributleistungen bereits erreicht haben."

[41] In der ersten Fassung Punkt 5; letzter Satz fehlt in der ersten Fassung.

[42] In der ersten Fassung Punkt 6; es fehlt: „als Grundlage des Versailler Vertrages".

[43] In der ersten Fassung (Punkt 7): „Die Verbreitung und Festigung des großdeutschen Gedankens ist eine der wichtigsten nationalen Erziehungsaufgaben der Zeitung."

[44] Letzter Satz fehlt in der ersten Fassung.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Die MNN treten ein für eine Gliederung des Reiches nach den Prinzipien eines gesunden Föderalismus. Hierunter ist zu verstehen: die organisch gewachsenen, lebensfähigen deutschen Länder werden derart zum Reichsbau zusammengefügt, daß bei ausreichender Stärke und innerer und äußerer Geschlossenheit der Reichsgewalt ein natürliches Eigenleben reichsfreudiger Länder garantiert bleibt.
5. In diesem Bereich liegt auch die Pflege des Reichsgedankens in Bayern und die Geltendmachung der bayerischen Bedürfnisse im Reich durch die MNN[45].
6. Das demokratisch-parlamentarische System von Weimar ist die letzte Wurzel vieler Übel. Es ist als für Deutschland ungeeignet abzulehnen.
   Die MNN erstreben deshalb:
   a) eine wesentliche Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten;
   b) eine Stärkung der Reichsregierung in dem Sinne, daß der Sturz der Regierung durch den Reichstag ganz wesentlich erschwert wird[46].
7. Auch für die einzelnen Länder ist eine Stabilisierung der Regierungsgewalt unter gleichzeitiger Verbilligung des Regierungsapparates anzustreben[47].
8. Die MNN treten ein für eine Entpolitisierung des kommunalen Lebens[48].
9. Die MNN erstreben die Beibehaltung bzw. vollständige Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und bekämpfen die Politisierung des Beamtentums aufs Schärfste[49].
10. Koalitionen mit den Sozialdemokraten sind *grundsätzlich* abzulehnen, mit den Nationalsozialisten *grundsätzlich* zu fördern. Von den Nationalsozialisten ist zu fordern, daß sie sich zur Anerkennung der staatspolitischen Notwendigkeiten bequemen und keine übertriebenen Ansprüche stellen[50].

II. Wirtschaft und Soziales

1. Der Grundsatz des Privateigentums gilt den MNN als unantastbar. Jeder Angriff gegen diesen Grundsatz ist schärfstens abzuwehren ohne Rücksicht, von welcher Seite er kommt.
2. Zur Erhaltung der Lebensgrundlagen der deutschen Privatwirtschaft ist zu fordern:
   a) eine wachsame, zielbewußte und energische Wirtschaftspolitik[51], die den nötigen Schutz der deutschen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung rechtzeitig sicherstellt;
   b) sparsamste Steuer- und Sozialpolitik, die der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft angepaßt ist und konsequent die Kapitalbildung fördert. Dabei ist auf die Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft und eines gesunden Mittelstands besonderes Gewicht zu legen.
3. Die Auswüchse des Kollektivismus, wie sie sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens sowohl auf der Unternehmer- als auf der Arbeitnehmerseite in den letzten Jahren breit gemacht haben, sind aufs Schärfste zu bekämpfen. Die MNN treten

[45] In der ersten Fassung: „Die MNN treten ein für eine wesentliche Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten".

[46] In der ersten Fassung: „Die MNN treten ein für eine Stärkung der Reichsregierung in dem Sinne, daß der Sturz der Regierung durch den Reichstag ganz wesentlich erschwert wird."

[47] Fehlt in der ersten Fassung.

[48] In der ersten Fassung Punkt 7.

[49] In der ersten Fassung Punkt 8.

[50] Fehlt in der ersten Fassung.

[51] In der ersten Fassung: „Handelspolitik".

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dafür ein, daß Lohn und Arbeitszeit in freier Vereinbarung zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft nach den besonderen Erfordernissen jedes einzelnen Betriebes geregelt werden.

4. Im Grundsatz ist an einer gesunden[52], d.h. für die Wirtschaft tragbaren sozialen Gesetzgebung festzuhalten. Es ist jedoch eine planmäßige Einschränkung im Bereich der öffentlichen Fürsorge anzustreben vor allem auch mit dem Ziel, überall dort, wo es angängig ist, die Sorge für das eigene Schicksal wieder der Selbstverantwortung des Einzelnen zu überlassen.
5. Die MNN treten ein für eine Stärkung des Individualismus in der Wirtschaft und möglichste Beseitigung aller gesetzlichen Schranken, welche die Entwicklung der Wirtschaft hemmen.
6. Die Privatwirtschaft ist in ihrem Bestreben, sich möglichst frei zu betätigen, zu unterstützen; sie hat sich selbstverständlich in den Staat einzuordnen. Verfehlungen der Privatwirtschaft wie sie gerade in der letzten Zeit in vielen Fällen zu verzeichnen waren, sind rücksichtslos an den Pranger zu stellen und zu ahnden. Verschärfte Strafbestimmungen sind zu fordern[53].
7. Das Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in den breiten Volksschichten zu fördern, die berechtigten Interessen dieser Volksschichten gegenüber der Wirtschaft zu vertreten, ist eine wichtige Aufgabe der MNN[54].

III. Kultur

1. Die MNN haben jede religiöse Überzeugung zu achten. Die Bevorzugung irgend einer Religion ist abzulehnen[55].
2. Die MNN haben sich des Schutzes und der Förderung aller deutschen Kulturwerte anzunehmen. Wesensfremde Kultureinflüsse jeglicher Art sind zu bekämpfen. Insbesondere ist kulturbolschewistischen Erzeugnissen auf allen Gebieten der schärfste Kampf anzusagen.
3. Die deutsche Kultur wurzelt im Boden. Dort muß sie auch gepflegt werden. Zum Aufgabenkreis der MNN gehört demnach neben den allgemein deutschen besonders die Förderung aller bayerischen Kulturbestrebungen, vor allem der großen Münchener künstlerischen und wissenschaftlichen Tradition[56].
4. Zur Aufgabe der Zeitung gehört das Eintreten für ein System der Jugendbildung, das ganz bewußt und vordringlich eingestellt ist auf die Erziehung der jungen Generation zu wirklichem Volks- und Nationalbewußtsein. Schlichte Lebensführung muß heute ein vornehmlicher Leitsatz der Jugend sein.
5. Als unantastbar gilt das Recht der Eltern, die religiöse Erziehung ihrer Kinder, die Grundlage aller Charakter-Erziehung, selbst zu bestimmen[57].
6. Zur Aufgabe der Förderung deutscher Kultur gehört auch die Bekämpfung des Klassenkampfgedankens.

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/6)

---

[52] „gesunden, d.h." neu eingefügt.

[53] Letzter Satz fehlt in der ersten Fassung.

[54] Punkt 7 fehlt in der ersten Fassung.

[55] In der ersten Fassung ergänzt durch Bismarck-Zitat vom 15. 3. 1884: „In allen Konfessionen findet es sehr häufig statt, daß unter ‚Freiheit der Kirche' die Herrschaft der Priester verstanden wird."

[56] Fehlt in der ersten Fassung.

[57] Fehlt in der ersten Fassung.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 7

Paul Nikolaus Cossmann an Dr. Paul Reusch

München, den 24. März 1932
Königinstr. 103/III

Hochverehrter Herr Reusch!

Eine schriftliche Anweisung in der Sache Völkischer Beobachter hinausgehen zu lassen, würde ich für unzweckmäßig halten. Was die MNN anlangt, so ist ja in der Sitzung selbst mit Herrn Büchner alles besprochen worden, mit den beiden anderen Hauptschriftleitern habe ich gesprochen[58].

Merkwürdigerweise ist am Nachmittag unserer Sitzung das Gerücht durch das Haus gegangen, der Verlag werde eine Wendung zu den Nationalsozialisten hin nehmen mit Rücksicht auf die bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen[59]. Ob dieses Gerücht auf die Gegenseite zurückgeht, konnte noch nicht festgestellt werden.

In einer Sitzung der der nationalsozialistischen Partei angehörigen Kaufleute und Handwerker wurde gestern von der Parteileitung aus verlangt, daß jeder der nationalsozialistischen Partei angehörige Kaufmann und Handwerker sofort die MNN abbestellen müsse und daß keiner von ihnen in den MNN Anzeigen aufgeben dürfe bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei und des Boykotts durch alle Parteiangehörigen[60]. Auf Gegenvorstellungen einzelner Geschäftsleute hin, daß sie die MNN nicht entbehren könnten, wurde der Beschluß in dem Sinne abgeändert, daß in Einzelfällen von Partei wegen das Halten der MNN gestattet werden solle. Darüber, ob auch bezüglich der Anzeigen Ausnahmen zugelassen werden, sind wir nicht unterrichtet.

Mit besten Grüßen
Ihr
(Gez.) Cossmann

(Abschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/4)

Dokument 8

Dr. Anton Betz an Dr. Paul Reusch

München, 8. April 1932
Sendlingerstraße 80

Sehr verehrter Herr Kommerzienrat!

Auf Ihre Anfrage vom 7. April[61] folgendes:

Zunächst möchte ich das voranstellen, was wir in der letzten Ausschuß-Sitzung über die Haltung der Münchner Neuesten Nachrichten zu der Reichspräsidenten-

[58] Reusch meinte dazu am 26. 3. 1932, „daß es notwendig ist, daß Sie auch Ihre auswärtigen Vertreter unterrichten. Insbesondere dürfte es zweckmäßig sein, Ihren Berliner Vertreter auf die getroffene Verabredung aufmerksam zu machen."

[59] 24. 4. 1932. Vgl. MNN Nr. 74 v. 16. 3. 1932, S. 2 und Nr. 75 v. 17. 3. 1932, S. 2.

[60] Vgl. VB. 65. Ausg. v. 5. 3. 1932, S. 2 (Irreführung) und VB. 70. Ausg. v. 10. 3. 1932, S. 2 (Bürgerlicher Journalismus).

[61] Nicht in den Akten des Histor. Archivs d. GHH.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wahl besprochen und beschlossen haben. Die Haltung der Münchner Neuesten Nachrichten in der Reichspräsidentenwahl[62] wurde in ihren Grundzügen gut geheißen, jedoch waren sämtliche Herren der Ansicht, daß unsere Zeitungen sich jedes sachlich-ungerechtfertigten und persönlichen Angriffes gegen Hitler und gegen einzelne nationalsozialistische Führer enthalten sollten. Wir kamen auf diese Dinge u. a. zu sprechen, weil in einem Artikel den Abgeordneten Esser und Straßer „dunkle Vergangenheit" vorgeworfen worden war[63]. Gerade solche Dinge sollten nach Ansicht der Herren und Ihrem besonderen persönlichen Wunsch vermieden werden. Die Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten machte sich diese Ansicht der Herren des Ausschusses zu eigen und handelte danach. Unsere Blätter brachten erst am Sonntag, den 3. April, den ersten Artikel zum zweiten Wahlgang[64].

Daß an einen Burgfrieden gedacht war, d. h. daß die Zeitungen unseres Hauses in den zweiten Wahlkampf überhaupt nicht eingreifen sollten, ist für mich eine ganz neue Tatsache. Es kann jedoch sein, daß ich das Wort „Burgfrieden" in Ihrem Brief vom 7. April nicht richtig auffasse. Ob richtig oder unrichtig, ein Burgfriede ist nicht möglich gewesen. Der Völkische Beobachter hat schon gleich am Tage nach der Wahl zur neuen, verstärkten Propaganda mit den stärksten Worten aufgerufen. Er hat keinen Tag vergehen lassen, wo er nicht gegen Hindenburg und nicht für Hitler spaltenlange Artikel und Aufrufe gebracht hat. In den letzten vierzehn Tagen bietet der Völkische Beobachter wieder das übliche Wahlbild: Schreiende Überschriften, reklamehaft geschriebene Artikel, Anklagen, Aufrufe und Versammlungsberichte. Es ist für uns als führende politische Zeitung Süddeutschlands und als das größte Blatt Bayerns von vornherein ganz unmöglich, in dem zweiten Wahlgang uns mit Burgfrieden zu umgeben, wo sämtliche Zeitungen in München für oder gegen Hindenburg Stellung nehmen. Man hat es uns schon verübelt, daß wir mit unserem Eintreten für Hindenburg bis acht Tage vor der Wahl gewartet haben. In der Stadt hielt sich hartnäckig das Gerücht, die Münchner Neuesten Nachrichten seien umgefallen. Noch am Tage der letzten Ausschuß-Sitzung wurde ich von verschiedenen Herren innerhalb und außerhalb unseres Hauses gefragt, ob es stimme, daß die Münchner Neuesten Nachrichten mit Hitler Frieden geschlossen haben. Diese Anfragen mehrten sich und ich habe heute den festen Eindruck, daß diese Gerüchte vom Braunen Haus aus geflissentlich verbreitet wurden. Von einem Burgfrieden des Völkischen Beobachters oder der Nationalsozialisten in München konnte und kann mit dem besten Willen nicht die Rede sein[65].

---

[62] Vgl. MNN Nr. 31 v. 2. 2. 1932, S. 1 (Aufruf für Hindenburg), Nr. 33 v. 4. 2. 1932, S. 1 (Die Einbürgerung Adolf Hitlers); Nr. 53 v. 24. 2. 1932, S. 1 (Um Hitlers Einbürgerung); Nr. 67 v. 9. 3. 1932, S. 1 (Warum nicht Duesterberg?); Nr. 69 v. 11. 3. 1932, S. 1 (Warum Hindenburg?); Nr. 71 v. 13. 3. 1932, S. 1 (Wir wählen Hindenburg!); Nr. 91 v. 4. 4. 1932, S. 4 (Wie man sich das Dritte Reich vorstellte). Vgl. dazu VB 45. Ausg. v. 12. 2. 1932, S. 1f. (Gregor Straßer, Eine sehr notwendige Feststellung) und 32. mit 40. Ausg. v. 9. 2. 1932, S. 1.

[63] Hermann Esser (geb. 1900) war verantwortlicher Redakteur des „Illustrierten Beobachters", vgl. MNN Nr. 59 v. 1. 3. 1932, S. 14. Über Straßer vgl. MNN Nr. 92 v. 5. 4. 1932, S. 1f. (Ziel und Weg).

[64] Vgl. F. B(üchner), Neutralität, in: MNN Nr. 90 v. 3. 4. 1932, S. 1.

[65] Im Gegensatz zu Büchner und den beiden anderen Chefredakteuren des Verlags, Karl Rabe und Walter Tschuppik, scheint Betz über die Abmachungen Reuschs mit Hitler bis dahin nicht informiert worden zu sein. Im März 1933 wurden alle leitenden Redakteure der MNN, der Verlagsdirektor Betz und wenig später Cossmann inhaftiert. Vgl. Anton Betz, Die Tragödie der „Münchner Neuesten Nachrichten" 1932/33, in: Journalismus, Bd. 2, Düsseldorf 1961, S. 22ff. Die aus dem Gedächtnis verfaßte Darstellung von Betz wird durch die Dokumente in vielen Details korrigiert, insbesondere im Hinblick auf die gesamtpolitische

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl wir jeden Tag Gelegenheit gehabt hätten, Behauptungen des Völkischen Beobachters zu widerlegen und über manchen führenden Mann der nationalsozialistischen Bewegung Dinge zu schreiben, die für den Betroffenen nicht angenehm gewesen wären, haben wir uns dieser Angriffe enthalten und uns auf sachliche Artikel beschränkt. Wir haben wiederholt das Gute im Nationalsozialismus anerkannt, mußten aber selbstverständlich auch auf die großen Fehler der Bewegung hinweisen und traten für die Wiederwahl Hindenburgs ein. Unsere Artikel für Hindenburg und überhaupt die ganze Aufmachung der Zeitung in den letzten Tagen vor der Wahl steht in einem so schreienden Gegensatz zu der widerlich-reklamehaften Aufmachung des Völkischen Beobachters, daß Vergleiche nicht möglich sind. Wohl vermied es der Völkische Beobachter, die Münchner Neuesten Nachrichten oder bestimmte Persönlichkeiten des Hauses anzugreifen, in dem einen oder anderen Zusammenhang erwähnte er uns doch und hat den Fall Rabe-Telegrammzeitung-Dietramszell[66] in einer Weise aufgezogen, die durch nichts gerechtfertigt werden kann und auf alles andere als auf Burgfrieden schließen läßt. Abgesehen von allem und grundsätzlich und verlegerisch gesprochen ist es für uns gar keine besondere Ehre und kein Vorteil, vom Völkischen Beobachter nicht angegriffen zu werden. Die Zeitung, von der man nicht spricht, kauft man nicht. Außerdem wird der Völkische Beobachter in München als ernst und bedeutend zu nehmende Zeitung gar nicht anerkannt, und es ist für ihn schon eine unverdiente Ehre, daß ein Angriff im Völkischen Beobachter gegen die Münchner Neuesten Nachrichten auf dieselbe Stufe gestellt wird wie ein Angriff der Münchner Neuesten Nachrichten auf den Völkischen Beobachter.

Ich halte auch die „Lesefrüchte", die wir in zwei Nummern der Münchner Neuesten Nachrichten brachten[67], für keine Störung der Absprache zwischen Ihnen und Hitler. Wir haben es absichtlich vermieden, auf Aussprüche von Nationalsozialisten, die zeitlich weit auseinander liegen, einzugehen, sondern haben die Zitate und Gegenzitate zu 9/10 aus den Jahren 1932 und 31 gebracht. Eine eigene redaktionelle Bemerkung der Münchner Neuesten Nachrichten fehlt vollkommen. Wir haben uns auf die Gegenüberstellung beschränkt. Wenn wir wirklich boshaft hätten sein wollen und zu der Methode gegriffen hätten, die der Völkische Beobachter benützt, dann hätten wir als beste Wahlpropaganda für Hindenburg den Aufruf bringen können,

---

Bedeutung und die wirtschaftspolitischen Hintergründe. Betz verlegt z.B. die Gespräche Hitlers mit Reusch in den Sommer 1932 (a.a.O., S. 30). Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Anton Betz mehrfach zum Verhältnis von Industrie und Presse Stellung genommen. Im Mai 1958 erklärte er vor der Katholischen Akademie in München, daß die Industrie „in ihrem Zeitungskapital mehr ein Instrument der Macht oder eine dekorative Zutat" sehe. „Es war uns klar, daß die Industrie den März 1933 nicht aufhalten konnte, aber sie machte nicht einmal den Versuch, ihre großen persönlichen und materiellen Beziehungen für uns einzusetzen. Das Kapital ließ die verantwortlichen Personen sehr bald fallen, weil der Industrie das persönliche Durchstehen zu einer politischen Überzeugung eine fremde und daher lästige Angelegenheit gewesen wäre." Vgl. dazu Wilhelm Geiger u.a., Die Funktion der Presse im demokratischen Staat, München 1958, S. 115ff. Ähnlich äußerte sich Betz im Februar 1959 im Institut für Zeitungswissenschaft in München, vgl. Der Journalist 9 (1959), H. 3, S. 10.

[66] Karl Rabe, zuvor Mitarbeiter der „Münchner Post" (SPD), war Hauptschriftleiter der „Münchner Telegramm-Zeitung". Wurde 1933 nach Inhaftierung fristlos entlassen. – Vgl. MNN Nr. 91 v. 13. 3. 1932, S. 2, und Nr. 88 v. 1. 4. 1932, S. 2, und Nr. 96 v. 9. 4. 1932, S. 2. In Dietramszell hatten die Nationalsozialisten einen großen Wahlerfolg. Vgl. VB 68. Ausg. v. 8. 3. 1932, 2. Beibl. S. 3 (Dietramszell wählt Adolf Hitler!) und 99. Ausg. v. 8. 4. 1932, S. 5 (Die „Hindenburgspende" von Dietramszell ist keine Wahllüge!).

[67] Vgl. MNN Nr. 92 v. 5. 4. 1932, S. 1, und Nr. 94 v. 7. 4. 1932, S. 1.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den im Jahre 1925 Hitler im Völkischen Beobachter[68] für Hindenburg gebracht hat und wir hätten für unsere Sonntag-Wahlnummer keinen besseren Leitartikel finden können als den Leitartikel des Völkischen Beobachters zur Hindenburg-Wahl 1925. Wir haben trotzdem, um keinen Stoff zur Anklage zu geben, die weitere Veröffentlichung von Lesefrüchten eingestellt, obwohl wir damit auf manche gute Pointe verzichten mußten. Daß wir als Münchner Neueste Nachrichten inmitten der ungeheuerlichen Wahlpropagandaflut der Nationalsozialisten tatenlos und neutral abseits stehen, kann im Ernst von uns niemand verlangen. So können wir mit dem Ruf und Ansehen der Münchner Neuesten Nachrichten nicht spielen.

Ich weiß, daß ich Ihnen gegenüber, sehr verehrter Herr Kommerzienrat, ganz offen reden darf. Wenn ich den Eindruck gehabt hätte, daß Ihre Äußerung über die Haltung der Münchner Neuesten Nachrichten in der Reichspräsidentenwahl so zu verstehen sei, als ob die Zeitung im zweiten Wahlgang unbewegt abseits stehen solle, dann hätte ich Sie sofort auf die Unmöglichkeit dieser Forderung aufmerksam gemacht und meinen Namen zu einer derartigen Kursänderung nicht hergeben können. Ich bin überzeugt, daß auch Herr Büchner diese Selbstverleugnung nicht über sich gebracht hätte. Ich denke zu aktiv national, um in einer solch entscheidenden Stunde nicht mit meiner ganzen Überzeugung für die Entscheidung einzutreten, die ich vom nationalen Standpunkt aus für die richtige halte.

Zuweilen komme ich mit Männern zusammen, die allen Parteischattierungen angehören. Es treffen sich Angehörige der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei, des Stahlhelms, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Nationalsozialisten. Bei der letzten Zusammenkunft war auch ein Nationalsozialist aus dem Rheinland bei uns, meines Wissens im Privatberuf Direktor eines industriellen Unternehmens. Er sagte, die nationalsozialistische Bewegung im Rhein- und Ruhrgebiet und überhaupt in Preußen gehe viel tiefer als in Bayern und überhaupt in Süddeutschland. In Preußen seien alle nationalen Kreise durch die unverantwortliche Interessenpolitik der sozialistisch-zentrümlichen Preußenregierung derart aufgebracht, daß man nur mit Hilfe einer radikalen Bewegung Besserung erhoffe. In Wirklichkeit seien die meisten Leute in einigermaßen verantwortlicher Stellung, die jetzt anläßlich der Präsidentenwahl zu den Nationalsozialisten stünden, im Grunde ihres Herzens Deutschnationale, die nur Hugenberg infolge seiner eigentümlichen Politik abgestoßen habe[69]. Er müsse zugeben, daß in Süddeutschland die Dinge anders lägen und daß durch die viel besseren politischen Verhältnisse der Nationalsozialismus bei weitem nicht den Impuls und die Beachtung habe wie in Norddeutschland. Ich glaube, daß dieser Mann dem Kern der Dinge sehr nahekommt. Wir in Süddeutschland haben die antinationale Welle bei weitem nicht so gespürt und viel früher gegen alle derartigen Versuche Widerstand geleistet, als das im Norden des Reiches der Fall war. Es wäre deshalb auch politisch ein großer Fehler, wenn wir als Zeitung, deren nationale Gesinnung ganz einwandfrei dasteht, jetzt dieselben

---

[68] Vgl. etwa VB 15. Ausg. v. 15. 4. 1925 (Aufrufe!).

[69] Am 2. 10. 1932 schrieb Reusch an den Chefredakteur des „Fränkischen Kurier" Dr. Rudolf Kötter (1893–1964), mit dem er besser harmonierte (GHH 4001012007/15b): „Nachdem die Bestrebungen, Herrn Hugenberg von der Spitze der Deutschnationalen Volkspartei zu entfernen, trotz der Bemühungen hervorragender Mitglieder der Partei als gescheitert zu betrachten sind, bitte ich, bis zum Wahltage, dem 6. November d. J., Angriffe auf Herrn Hugenberg zu unterlassen." Kötter stand dem Stahlhelm nahe und sollte 1932 Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung" werden, blieb aber beim „Fränkischen Kurier" bis zu dessen Einstellung 1944 (GHH 4001012007/14 + 15A). 1949 war er Mitgebründer der „Nordbayerischen Zeitung", seit 1951 Leitartikler der „Nürnberger Zeitung".

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alarmrufe ausstoßen würden wie das vielleicht manche nationale Zeitung in Norddeutschland tut.

Ich möchte Sie deshalb, sehr verehrter Herr Kommerzienrat, nochmals bitten, überzeugt zu sein, daß die gegenwärtige Politik der Münchner Neuesten Nachrichten durchaus im Interesse der deutschen Politik und im Interesse des Unternehmens liegt. Auf Experimente dürfen wir uns nicht einstellen. Man merkt es dem Völkischen Beobachter zur Zeit deutlich an, wie er es versucht, die Redakteure der einzelnen Blätter für die Politik unseres Verlages verantwortlich und schuldig zu machen. Er geht in der heutigen Nummer so weit, daß er sogar die Behauptung aufstellt, das amtliche bayerische Material gegen die Nationalsozialisten sei in der Sendlingerstraße zusammengestellt worden; es stamme von Dr. Kurt Trampler[70] aus der Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten. Die Behauptung ist vom ersten bis zum letzten Wort erfunden, denn Dr. Kurt Trampler gehört der Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten gar nicht an. Die Absichten des Völkischen Beobachters sind deutlich erkennbar, ich kann mir aber nicht vorstellen, daß der Völkische Beobachter damit auf irgend jemand Eindruck machen könnte.

Gestatten Sie, sehr verehrter Herr Kommerzienrat, noch ein Wort zu den bayerischen Landtagswahlen. Hier scheiden Süddeutsche Sonntagspost und Münchner Telegramm-Zeitung von vornherein aus, die politische Führung wird allein bei den Münchner Neuesten Nachrichten liegen. Wir haben uns heute noch über die Haltung der Münchner Neuesten Nachrichten zu den bayerischen Landtagswahlen besprochen. Wir geben die Parole Bürgerlich-national und Regierung ohne Sozialdemokratie aus. Wir wollen dabei darauf hinweisen, wie Bayern in den letzten Jahren eine stetige und gesunde Politik getrieben hat und daß die beiden Regierungsparteien Deutschnationale und Volkspartei im Grund keine schlechte Politik gemacht haben. Eine Parteiparole geben wir natürlich nicht aus. Den Bestrebungen, in die kommende Regierung die Nationalsozialisten je nach Ausfall der Wahlen mit einzubeziehen, werden wir das Wort reden.

Ich hoffe, daß ich Ihnen, sehr verehrter Herr Kommerzienrat, mit diesen Darstellungen die gewünschte Antwort auf Ihre Anfrage vom 7. April gegeben habe[71].

In aller Hochachtung und Verehrung
gez. Dr. Betz

(Original im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/6)

---

[70] Trampler war Assistent am Osteuropa-Institut der Univ. München und Mitarbeiter der MNN für das Gebiet des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Seit 1932 gab er die Korrespondenz „Deutsche Briefe aus Bayern" heraus. Er gehörte dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände an.

[71] Am 12.4.1932 sprach Reusch in Nürnberg mit den Chefredakteuren seiner Zeitungen und dem Verlagsdirektor Betz. Dazu nahmen Betz und Büchner am 14. 4. 1932 in einem Brief an Reusch Stellung. Dem Schreiben ist zu entnehmen, daß sich die ganze Unterredung um die Abmachung mit Hitler drehte. Speziell hatte Reusch kritisiert, daß über die angebliche Entfernung Röhms als Stabs-Chef der SA wegen Homosexualität berichtet worden war. Vgl. E. v. A(retin), Sauberkeit!, in: MNN Nr. 93 v. 6. 4. 1932, S. 1. Dazu auch MNN Nr. 70 v. 12. 3. 1932, S. 2, und Nr. 95 v. 8. 4. 1932, S. 2 (Röhm bleibt Hitlers Stabs-Chef). Vgl. dazu VB 69. Ausg. v. 9. 3. 1932, S. 2 (Neue Verleumdungshetze gegen Stabschef Röhm). Der Brief vom 14. 4. 1932 (GHH 4001012007/6) schließt: „Wir würden uns glücklich schätzen, wenn es uns gelungen wäre, durch unsere Darlegungen Sie von dem Gefühl zu befreien, als ob die M.N.N. im zweiten Wahlgang gegen die abgesprochene Haltung ernstlich verstoßen und Sie damit in eine peinliche Lage gebracht hätten. Wir konnten eine solche

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 9

Dr. Hjalmar Schacht an Dr. Paul Reusch

Gühlen Post Lindow (Mark)
6. Juni 1932[71a]

Lieber Herr Reusch!

Ich bestätige hierdurch der Ordnung halber unsere bisherigen Besprechungen, auch um Sie in den Stand zu setzen, mit Ihren Freunden im Detail zu sprechen[72].

Um unsere finanz- und kreditpolitischen Probleme so durchzuarbeiten, daß sie bei der Neuordnung unserer Regierungsverhältnisse zu alsbaldigen Maßnahmen verdichtet werden können, tun sich einige Freunde aus der deutschen Wirtschaft zusammen, um vorübergehend eine Arbeitsstelle zu schaffen, die das Material systematisch zusammenträgt und so verarbeitet, daß die Interessen der Wirtschaft dabei gewahrt werden. Diese Arbeitsstelle ist als eine im Stillen und in bescheidenem Umfange arbeitende Einrichtung gedacht, über deren Arbeit Schreiber dieses die Aufsicht führt und über deren Finanzierung er den Beteiligten Rechnung legt. Jeder der Beteiligten einschließlich Schreiber dieses verpflichtet sich, einmalig einen Betrag von 3000 RM zur Verfügung zu stellen. Die herauskommenden Arbeiten werden zunächst nur den Beteiligten zugängig gemacht. Über ihre Verwertung soll danach gemeinsam beschlossen werden.

Es ist ferner beabsichtigt, mit zwei von Herrn Adolf Hitler beauftragten Herren (Wilhelm Keppler und Leopold Plaichinger[73]) Fühlung zu halten, um nach Möglichkeit sicherzustellen, daß die wirtschaftspolitischen Auffassungen, die in der Arbeitsstelle zum Ausdruck kommen werden, mit den von nationalsozialistischer Seite ver-

---

Wirkung um so weniger voraussehen, als der ‚Völkische Beobachter' bzw. die an seiner Stelle während der Verbotszeit über Ostern erscheinende ‚Münchner Wacht' . . . die Vereinbarung sehr viel weitherziger aufgefaßt hat als wir . . .".

[71a] Darunter Stempel: Gutehoffnungshütte – Eingang 9. Jun. 1932.

[72] Histor. Archiv der GHH 400 101290/33 enthält auch die Durchschrift eines Schreibens vom 20. 5. 1932 von Reusch an Schacht, wo es heißt: „Ich hatte gestern mit Hitler hier in München eine zweistündige Unterredung . . . Ich brachte bei dieser Unterredung ihm gegenüber zum Ausdruck, daß er nicht nur eine erste Kraft für die Wirtschaftspolitik, sondern auch eine solche für die Finanz-, Außen- und Innenpolitik benötige, denen ausschließlich die Aufgabe überwiesen werden müsse, ganz fest umrissene Programme auszuarbeiten. Bei der Auswahl dieser Männer käme es weniger darauf an ob sie nun Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei wären, viel wichtiger sei die sachliche und fachliche Eignung. Dem letzteren Gedanken hat Hitler zugestimmt." Die damaligen Bemühungen sind im Zusammenhang mit der Entstehung des Freundeskreises Himmler zu sehen. Sie bilden den Rahmen der Richtlinien für die MNN und des Stillhalteabkommens mit Hitler. Vgl. dazu Klaus Drobisch, Der Freundeskreis Himmler, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960), S. 304f.; ferner Eberhard Czichon, Wer half Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 24ff.

[73] Wilhelm Keppler (1882–1960) war seit 1927 Hitlers Wirtschaftsberater, wurde im März 1933 MdR und im Juli 1933 Beauftragter des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen, 1938–45 u.a. Staatssekretär im AA, 1949 in Nürnberg zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt; vgl. Hjalmar Schacht, 76 Jahre . . . (siehe Anm. 13), S. 355; auch E. Czichon, a. a. O. Der Darstellung bei Turner, a.a.O., S. 219, kann demnach nicht zugestimmt werden; der sog. Keppler-Kreis und Schachts Arbeitsstelle waren identisch und diese somit keineswegs „stillborn".

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tretenen Ansichten in Einklang sich befinden, da die Nationalsozialistische Partei in der kommenden Gestaltung der Dinge voraussichtlich einen entscheidenden Einfluß ausüben wird.

Auf Grund der geführten Besprechungen habe ich Herrn Dr. Karl Krämer[74], bisher am Wirtschaftsdienst in Hamburg tätig, für 1½ Jahre verpflichtet. Herr Dr. Krämer wird mit größter Beschleunigung nach Berlin übersiedeln. Eine Reihe von Vorarbeiten, die bereits zwischen Schreiber dieses und Herrn Dr. Krämer geleistet worden sind, sollen ohne Sondervergütung in das Eigentum der Arbeitsstelle übergehen, so daß die ersten Ausarbeitungen schon in wenigen Wochen zu erwarten sein werden.

Bisher haben sich zur Beteiligung bereiterklärt Sie selbst, sehr geehrter Herr Reusch, für sich und drei weitere industrielle Freunde (voraussichtlich die Herren Vögler, Springorum und von Bohlen), ferner die Herren von Stauss[75], Kurt von Schröder (Bankhaus I. H. Stein in Köln) sowie Herr Rosterg[76] und der Unterzeichnete.

Ich bitte Sie, den Betrag für Sie und Ihre drei Freunde, also zusammen RM 12000,– auf das Konto „Dr. Hjalmar Schacht Arbeitsstelle" an die Deutsche Bank, Stadtzentrale Abt. A in Berlin einzuzahlen.

Mit bester Begrüßung
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Hjalmar Schacht

(Original im Hist. Archiv d. GHH 400101290/33)

Dokument 10

Dr. Paul Reusch an Professor Paul Nikolaus Cossmann

z. Zt. Nürnberg, den 16. Juni 1932

Lieber Herr Cossmann!

Betrifft *Verlag Knorr & Hirth*

Ich bestätige, am Freitag, den 10. Juni, auf dem Katharinenhof[77] mit Ihnen folgende Verabredungen getroffen zu haben:

1. die mit Hitler getroffene Vereinbarung, dahingehend, daß persönliche Angriffe – bei selbstverständlicher Freiheit der sachlichen Einstellung – in den Zeitungen des Verlags von Knorr & Hirth vermieden werden, ist von den Schriftleitern der Zeitungen einzuhalten. – Bei Verletzung dieser Vereinbarung, insofern, als die Gegenseite sich persönlicher Angriffe nicht enthalten sollte, ist die Angelegenheit zunächst mir zur Stellungnahme zu unterbreiten, so daß also eine Gegenäußerung in den Blättern des Verlages von Knorr & Hirth erst dann erfolgen wird, wenn ich meiner Ansicht Ausdruck gegeben habe.

[74] Dr. Karl Krämer hatte eine ähnliche Funktion wie August Heinrichsbauer mit seinem Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienst.

[75] Emil Georg von Stauß (1877–1942) Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, 1930–1933 MdR für die DVP, dann für die NSDAP.

[76] August Rosterg (1870–1945) Vorstandsmitglied zahlreicher Unternehmen der Kali-Industrie, emigrierte nach dem 20. Juli 1944 nach Schweden.

[77] Württembergischer Herrensitz Reuschs, vgl. Erich Maschke, Es entsteht ein Konzern, Tübingen 1969, S. 38.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Für die politische Haltung der Blätter sind die vereinbarten Richtlinien maßgebend.
3. Sie werden Vorschläge unterbreiten, in welcher Form die Verantwortlichkeit einer einzelnen Person für die Einhaltung der Richtlinien – insbesondere in politischer Beziehung – durch sämtliche Blätter des Verlages festgelegt und die Einhaltung dieser Richtlinien gewährleistet wird.
4. Ich habe bei unserer Unterhaltung meiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß in der Berliner Vertretung der Schriftleitung ein Wechsel vorgenommen werden muß[78].

Ich wäre dankbar, wenn Sie die Liebenswürdigkeit hätten, mir diese Verabredung auch Ihrerseits zu bestätigen.

Mit herzlichem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 4001012007/4)

Dokument 11

Dr. Fritz Büchner an Dr. Paul Reusch

München, 23. Juni 1932
Sendlingerstr. 80[78a]

Sehr verehrter Herr Reusch!

Nachstehende Informationen aus den letzten Tagen möchte ich nicht verfehlen, Ihnen mitzuteilen:

Die Münchener S.A.-Demonstrationen am Sonntag vor acht Tagen[79] haben die schärfste Mißbilligung Hitlers gefunden, der, als er an dem fraglichen Sonntag Abend nach München zurückkam in äußerst temperamentvoller Weise die S.A.-Führer darüber zur Rede gestellt hat, da er, Hitler, selbst gegenüber dem Reichsinnenminister[80] dafür sich verpflichtet hätte, dafür Sorge zu tragen, daß gegen von den Ländern erlassene Uniform-Verbote keine demonstrativen Übertretungen stattfinden würden.

Hitler selbst hat bei dieser Gelegenheit im engeren Kreise den Verdacht geäußert, daß diese S.A.-Demonstrationen indirekt auf eine Anregung des Generals von Schleicher zurückgehen, der für seine Ziele einen Konflikt mit den Ländern brauche. Hitler hat dabei geäußert, daß er sämtliche Norddeutschen aus dem Braunen Haus herauszuwerfen gewillt sei, da diese ihm doch nur immer Schwierigkeiten machten.

---

[78] Vgl. dazu Anm. 23; ferner das Schreiben vom 23. 6. 1932 Reusch an Cossmann (GHH 4001012007/4), aus dem hervorgeht, daß Cossmann für Heydebreck um eine Unterredung gebeten hatte. Reusch: „Ich lege keinen Wert darauf, ihn noch persönlich kennenzulernen." Zwei Tage später sagte Reusch in einem Schreiben an Cossmann zu, Heydebreck „in etwa 12 Tagen" gelegentlich eines Besuches in München empfangen zu wollen.

[78a] Darunter Stempel: Gutehoffnungshütte – Eingang 25. Jun. 1932.

[79] Das Verbot der SA und SS vom 13. 4. 1932 wurde mit Wirkung vom 17. 6. 1932 aufgehoben. Die Demonstration in München am 12. 6. war also illegal und mußte deshalb von Hitler formell mißbilligt werden.

[80] Wilhelm von Gayl.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von einem mir als völlig zuverlässig bekannten Offizier wird mir berichtet, daß bei seinem kürzlichen Besuch im Reichswehrministerium der Presse-Offizier Schleichers, Major Marks[81], bezugnehmend auf die föderalistische Haltung des Freiherrn von Gayl rund heraus erklärt hat, daß das Reichswehrministerium nicht daran denke, sich von den „Civilisten" seine Politik durchkreuzen zu lassen, und daß man voraussichtlich einen größeren Verbrauch namentlich an Innenministern in der nächsten Zeit haben werde.

Reichskanzler von Papen hat durch unser Redaktionsmitglied, Dr. Meyer-Gmunden[82], der derzeit der Berichterstatter in Lausanne ist, Herrn von Aretin bestellen lassen, man möge doch in Bayern Vertrauen zu seiner absolut länderfreundlichen Einstellung haben, er fühle sich stark genug, diese länderfreundliche Einstellung auch innerhalb des Reichskabinetts durchzusetzen.

Die Denkschrift von Goerdeler[83] habe ich sowohl ihrem Inhalt im Einzelnen nach wie im Ganzen ganz überragend gefunden. Es scheint mir hier einer der wenigen auch politisch führenden Leute in Deutschland zu sein, die eine klare und organische Auffassung von den Möglichkeiten der Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten haben. Aufgefallen ist mir lediglich, daß Goerdeler, was wohl aus seiner derzeitigen Tätigkeit sich erklärt, die Probleme wesentlich zwischen Reich und Gemeinden sieht, während ich der Meinung bin, daß gerade beim Aufbau eines neuen Selbstverwaltungs-Systems, das ich für das einzig richtige und gesunde halte, die deutschen Gliedstaaten eine sehr wichtige Rolle zu spielen haben, um einen stufenweisen und organischen Aufbau eines solchen Systems zu ermöglichen.

Mit dem Ausdruck meiner steten Verehrung
Ihr sehr ergebener
gez. Büchner
[Stempel:] Münchner Neueste Nachrichten
Hauptschriftleiter

[handschriftlich:] Soeben hat General v. Schleicher Herrn v. Aretin (*nicht* als Mitglied der M.N.N., wie hinzugefügt wurde) für morgen (Freitag) Vorm. nach Berlin zu einer Unterredung gebeten.

(Original im Hist. Archiv der GHH 4001012007/7)

---

[81] Gleichnamiger Sohn (1891–1944) des Historikers Erich Marcks, vom 13. 8. 1932 bis 30. 1. 1933 Reichspressechef.

[82] Dr. Erich Meyer-Gmunden, Leiter des Handelsteils der MNN.

[83] Goerdeler war der designierte Nachfolger Brünings gewesen (vgl. die negative und weitgehend falsche Beurteilung durch G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar, Düsseldorf 1968, S. 135; dagegen Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 508 u. 568). Am 4. Mai 1932 berichtete u. a. die „Vossische Zeitung", Goerdeler solle Nachfolger des zurückgetretenen Reichswirtschaftsministers Warmbold werden. Bei einem Gespräch mit Brüning am gleichen Tage legte Goerdeler offenbar die hier von Büchner erwähnte Denkschrift zur Verwaltungsreform vor (vgl. auch Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 37f.). Er nahm am 17. und 18. Mai an Kabinettssitzungen teil. Am 27. Mai wurde Goerdeler als künftiger Reichsinnenminister bezeichnet. Im Kabinett v. Papen sollte er dann das Ressort Arbeit übernehmen, lehnte aber ab.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 12

Dr. Paul Reusch an Dr. Hjalmar Schacht

Oberhausen, den 27. Juli 1932

Lieber Herr Schacht!

In der Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P. ist eine Kampfschrift – Heft 16 – erschienen, in welcher das wirtschaftliche Sofort-Programm der Nationalsozialisten niedergelegt ist[84]. Ich nehme an, daß Sie diese Schrift kennen und den vielen Unsinn, der darin steht, gelesen haben. Ich möchte davon Abstand nehmen, auf Einzelheiten einzugehen und mich darauf beschränken, Ihnen vorzuschlagen, daß Herr Dr. Krämer sich vielleicht etwas eingehender mit dieser Kampfschrift beschäftigt. Es dürfte allerdings notwendig sein, möglichst umgehend zu dem Inhalt dieser Schrift Stellung zu nehmen. Wenn auch schon von anderer Seite der Parteileitung in München die Meinung gesagt worden ist, so dürfte es doch von großer Wirkung sein, wenn Sie persönlich anhand einer von Herrn Dr. Krämer ausgearbeiteten Denkschrift den Herren in München die entsprechende Aufklärung geben würden.

Mit herzlichem Gruß
Ihr
gez. Reusch

(Durchschrift im Hist. Archiv d. GHH 400101290/33)

---

[84] Kampfschrift, H. 16, Broschürenreihe der Reichs-Propaganda-Leitung der N.S.D.A.P., erschien nach dem Deutschen Bücherverzeichnis der Deutschen Bücherei in Leipzig unter dem Titel „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP". Die Broschürenreihe erreichte von 1931 bis 1933 23 Hefte. Wie Schacht am 12. 9. 1932 Reusch schrieb, hatte ihm Hitler mitgeteilt, er habe die Broschüre H. 16 einstampfen lassen.

Entgegen der Darstellung bei Turner, a.a.O., S. 219–221, sei darauf hingewiesen, daß sich die Ruhrlade – da Schacht ja die Funktion des ständigen Kontaktmannes zur NSDAP wahrnahm – nur in besonderen Fällen direkt einzuschalten brauchte. Der Brief Silverbergs vom 5.9.1932 an Reusch (GHH 40010190/55) zeigt, daß es keine selbständigen Initiativen seitens einzelner Ruhrlade-Mitglieder gab. Silverberg hielt den Geschäftsführer der Ruhrlade, Reusch, ständig auf dem laufenden und es bestand Einigkeit darüber, daß an Stelle der drohenden Koalition Zentrum–NSDAP eine Verbindung NSDAP–bürgerliche Rechte gefördert werden sollte. Zu diesem Zwecke schlug Silverberg vor, alle Ruhrlade-Mitglieder sollten der DNVP beitreten, um Hugenberg von innen her „mürbe zu machen". Vgl. auch Zitat in Anmerkung 10.

Jahrgang 20 (1972), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte